

Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Goldmark.

Anzeigen: Die dreispaltene mm-Zeile 0,15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle: Köln, Jülicher Straße 27.

Fernsprecher 21 22 62.

Redaktionschluß: Montags vor Erscheinen.

Aufruf zur Betriebsrätewahl 1931

Zu den Ende März, Anfang April im ganzen Reiche stattfindenden Neuwahlen der Betriebsvertretungen ruft der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften die christlich-nationale Arbeiterschaft zu besonders aktiver und rühriger Wahlarbeit auf!

Die Betriebsrätewahl ist eine Angelegenheit der Gewerkschaften. Die örtlichen Gliederungen der Verbände der christlichen Gewerkschaften und die Ortsstelle haben deshalb Sorge zu tragen, daß kein Betrieb ohne Betriebsvertretung bleibt, daß in allen Betrieben eigene Listen der christlich-nationalen Arbeiterschaft aufgestellt werden. In den Fällen, in denen erstmalig eine Betriebsvertretung gebildet wird und der Arbeitgeber seiner Verpflichtung zur Bestellung des Wahlvorstandes nicht nachkommt, hat die Gewerkschaft Antrag auf die Bestellung des Wahlvorstandes an den Vorsitzenden des Arbeitsgerichtes zu stellen.

Nützt die Zeit der Wahlvorbereitung zu der so dringend notwendigen Aufklärung der Unorganisierten. Ihr Abseitsstehen oder Sondervorgehen schwächt die Wirkungsmöglichkeiten der Betriebsvertretung, gefährdet die Rechte und schadet dem Ansehen der Arbeiterschaft. Verhindert den Mißbrauch des Gesetzes zu parteipolitischen Zwecken. Stärker als in früheren Jahren werden radikale politische Arbeitergruppen versuchen, die Betriebsräte und die Betriebsrätewahlen in den Dienst ihrer politischen Bestrebungen zu stellen. Dieser Mißbrauch und diese Entwertung der Betriebsräte sind entschieden abzulehnen. Die Betriebsräte sind keine parteipolitischen Instrumente, sondern soziale und wirtschaftliche Organe der deutschen Arbeiterschaft, die dem erweiterten sozialen Schutz der Belegschaftsmitglieder und der Wahrnehmung der den Arbeitnehmern und dem Arbeitgeber gemeinsamen Belange im Betriebe dienen. Jede parteipolitische Zielsetzung und Beeinflussung hindert eine gerechte und zweckvolle Handhabung der Mitbestimmungsrechte und schadet der Arbeiterschaft.

Die Betriebsräte sind ein Riegel gegen die Willkür unsozialer Arbeitgeber und ein unentbehrliches Mittel zur Beseitigung von Gegensätzlichkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, somit ein Weg zu wirtschaftlicher und sozialer Befriedung unseres Volkes und zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft.

Deshalb verzichtet die standesbewusste Arbeiterschaft nicht auf die Wahrnehmung ihrer Rechte und Erfüllung ihrer Pflichten, die das Betriebsrätegesetz brachte.

In schwerer Notzeit werden erhöhte Anforderungen an die opferfreudige Mitarbeit unserer Mitglieder gestellt. Die christlich-nationale Arbeiterschaft wird diesen Anforderungen gerecht werden.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

Sturm gegen die Regiebetriebe

In der Nachkriegszeit ist der Kampf gegen die Regiebetriebe in besonders lebhafter Weise entbrannt. In vorderster Kampfreihe standen die Handelstammern und einige große Unternehmerverbände. In neuerer Zeit fühlen sich aber auch die Vertreter des Mittelstandes und des Handwerkes berufen, gleichfalls Sturm gegen die Regiebetriebe zu laufen. Angetan hat es ihnen anscheinend die schlechte Wirtschaftslage, die auch für sie eine Schmälerung des Einkommens bedeutet. Nach dem Bericht einer bayrischen Tageszeitung hat kürzlich der „Reichsverband des Deutschen Schuhmacherhandwerks“ und des „Deutschen Schneidergewerbes“ in Berlin eine parlamentarische Konferenz einberufen zur Besprechung von Maßnahmen, um beiden Gewerben eine bessere Beteiligung an staatlichen und kommunalen Lieferungen und Aufträgen zu sichern. Nach dem Zeitungsbericht haben die Vertreter der beiden genannten Gewerbe auf die großen Mißstände im Vergebungs- und Verteilungswesen hingewiesen, unter welchen diese Gewerbe zu leiden hätten. Sie richteten den dringenden Appell an die Abgeordneten, sie in ihrer Forderung auf Abbau der Regiebetriebe des Reichs, der Länder und der Gemeinden, sowie derjenigen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften zu unterstützen. Diesen Vertretern des Schneider- und Schuhmacherhandwerks war es vor allem um einen Abbau der Bekleidungsämter bei Heer und Marine zu tun.

Der Vertreter des Reichswehrministeriums hat aber mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Erhaltung der Bekleidungsämter aus militärischen Gründen notwendig sei. Ihr Umfang sei übrigens gering. Es würden nur 200 Schuhmacher beschäftigt. Soweit Kleidungsstücke in Frage kämen, sei ohnehin schon ein ziemlich hoher Prozentsatz des Bedarfs an das Gewerbe zur Lieferung vergeben worden. Die Filialstuben aufzugeben, sei nicht beabsichtigt. In ähnlicher Weise haben sich auch die Vertreter anderer Reichsverwaltungen ausgesprochen.

Im Anschluß an diesen Bericht weist die betreffende Tageszeitung im vollen Brutto darauf hin, daß gerade die Bayrische Volkspartei das Regiewesen immer bekämpft habe und bereits im Jahre 1927 einen Antrag auf Einschrän-

kung der Regiebetriebe im Reichstag gestellt habe. Unsere Kollegen in Bayern werden über dieses angebliche Verdienst der Bayrischen Volkspartei jedenfalls ein anderes Urteil haben. Wir können ihnen nur empfehlen, ihre Wünsche ebenso energisch zum Ausdruck zu bringen, wie es die Vertreter des Handwerks und des Mittelstandes tun.

Raum war diese Aktion vorüber, da hat im Preussischen Landtag der Abgeordnete **Alteger** (Zentrum) ein ähnliches Klagegedicht gesungen. Er sagte u. a.:

„Auch die Klagen über den Wettbewerb der öffentlichen Hand aus Kreisen des Handwerks und Handels wollen nicht verstummen. Die Verärgerung ist erklärlich, da derselbe Staat und die Gemeinden, die den gewerblichen Mittelstand zur Steuer heranziehen, zu einem vollkommen ungleichen Wettbewerb zwingen durch Regiebetriebe, die noch immer in großer Anzahl bestehen, ohne daß der Allgemeinheit dadurch Vorteile geboten werden. Die Besteuerung der öffentlichen Betriebe muß in gerechter Weise durchgeführt werden. Privater Unternehmungsgeist ist notwendig und unentbehrlich, wenn es mit unserer Wirtschaft aufwärts gehen soll. Er kann durch keine staatliche oder kommunale oder genossenschaftliche Bürokratie ersetzt werden.“

Es ist unseres Erachtens völlig falsch zu behaupten, daß die Arbeiten der Regiebetriebe teurer seien, als in den Privatbetrieben. Gerade die hohen Forderungen und Gewinne der privaten Betriebe haben doch erst die öffentliche Hand zur Einführung der Regiebetriebe gezwungen. Auch heute wird allenthalben die Erfahrung gemacht, daß Arbeiten, namentlich größeren Stils, von den Regiebetrieben besser und billiger hergestellt werden, als in privaten Betrieben. Der Allgemeinheit würde wahrhaftig kein Dienst mit der Aufhebung der Regiebetriebe erwiesen. Das gerade Gegenteil ist der Fall.

Wir wenden uns deshalb auch mit aller Schärfe gegen die Versuche des Mittelstandes und der Handwerkskreise, auf Kosten der bei den Regiebetrieben beschäftigten Arbeiter sich besondere Vorteile zu verschaffen. Das ist nicht der Weg, gerechte Zustände zu erzielen und der Not der einzelnen Kreise abzuhelfen. **D.**

Der Reichskanzler zu den sozialpolitischen Problemen

Vor den christlichen Gewerkschaftlern Kölns sprach am 25. Januar Reichskanzler Brüning über die Lage des deutschen Volkes. Der Reichskanzler betonte, daß kein Grund zur Verzweiflung vorliegt, wenn ein Volk den Mut habe, die Verantwortung zu tragen. In seiner im In- und Auslande vielbeachteten Rede beschäftigte sich Reichskanzler Brüning auch mit den aktuellen sozialpolitischen Fragen.

Zu der im Vordergrund stehenden Lohn- und Arbeitszeitfrage führte der Reichskanzler u. a. aus:

„Mit der Lohnsenkung allein, wie vielleicht in Unternehmerkreisen die Meinung herrscht, die Produktionskosten zu senken, ist nicht möglich. Der Grad der Lohnsenkung muß sehr sorgfältig überlegt werden und muß im Einklang stehen mit der Aufrechterhaltung der Kaufkraft in der Masse der Bevölkerung, sonst kommt man in denselben Irreismus hinein, in den man auf anderem Wege durch übermäßige und übereilte Nationalisierung unserer Industrie hineingekommen ist. Wir werden in den weiteren Maßnahmen, die unbedingt ergriffen werden müssen, die gesamte Produktion in Deutschland, landwirtschaftliche sowie industrielle, in ihrer lebenswichtigen Bedeutung gegeneinander ausgleichen, um die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit in lebensfähigem Zustande zu erhalten und zu einem richtigen Anschluß an die Weltwirtschaft zu kommen. Sollte es in Deutschland nie möglich sein, daß noch einmal Arbeitnehmer und Arbeitgeber vom Standpunkt der Solidarität sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen und sich über gemeinsame Maßnahmen unterhalten? Ich rede nicht von einer Arbeitsgemeinschaft im alten Sinne, sondern vielmehr davon, daß es möglich sein müßte zu überlegen, wie gewisse Fragen, z. B. die

der Arbeitszeit, zum Ausgleich von schwerwiegenden Nachteilen der Rationalisierung elastisch von Fall zu Fall und von Gewerbe zu Gewerbe unterschiedlich beraten und gelöst werden können. Das ist eine Frage, die die ganze Welt angeht. Ich bin Gegner jeden Glaubens an eine Katastrophe. Aber, je mehr man sich überlegt, daß wir uns zurzeit in einer Krise befinden, in der zu viel produziert und zu wenig verbraucht wird, und zu wenig verbraucht werden kann, und daß diese Krise mit einem Male sich über die ganze Welt erstreckt, desto mehr muß man sich darüber klar werden, daß man mit gesetzgeberischen Maßnahmen und mit Maßnahmen, auch wenn sie freiwillige Vereinbarungen sind, eine ungeheure Gefahr für die ganze Menschheit herbeiführen kann. In dem gleichen Tempo, in dem durch Maschinen und neue Kapitalinvestitionen Arbeiterlöhne durch dauernde Entlassungen eingespart werden, steigen die Wohlstandslasten und die Realsteuern, so daß per Saldo für die industriellen Unternehmen ein Plus überhaupt nicht mehr herauskommt. Es geht nicht, daß das Tempo der Rationalisierung in dem jetzigen Umfange weitergeführt werden kann, wo heute das Kapital fehlt. Das würde dazu führen, daß immer weitere Kreise dauernd aus der Arbeit ausscheiden, daß sich die Lasten der öffentlichen Hand immer weiter steigern, und es kommt das Gefährlichste hinzu, was es gibt, nämlich, daß immer mehr Menschen, die wirklich ernstlich arbeiten wollen, nicht mehr arbeiten können. Die Lösung kann zu einem großen Teile durch staatliche Maßnahmen erfolgen, sie muß aber auch auf der anderen Seite durch eine gemeinsame Ueberlegung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschaffen werden. Die Notwendigkeit, durch eine Notverordnung einzugreifen, ist vom

Einheitlicher Wahltermin für die diesjährigen Betriebsratswahlen in Rheinland und Westfalen

Die für Rheinland und Westfalen zuständigen Bezirksorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (freie Gewerkschaften), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften) und des Gewerkschaftsrings der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (Hirsch-Dunker'sche Gewerkschaften) erlassen nachfolgenden Aufruf an ihre Mitgliederkreise:

Um eine ordnungsmäßige Durchführung der Betriebsratswahlen und der Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat zu sichern, sind in den vergangenen Jahren die Betriebsratswahlen in Westdeutschland möglichst einheitlich in allen Betrieben durchgeführt worden. Auch in diesem Jahre haben sich die drei Gewerkschaftsrichtungen auf einen einheitlichen Termin verständigt und sind übereingekommen, die diesjährigen Betriebsratswahlen in Rheinland und Westfalen in der Zeit vom 23. bis 31. März durchzuführen.

Dementsprechend sind leitens der Betriebsräte und aller an der Durchführung der diesjährigen Betriebsratswahlen beteiligten Kollegen folgende Abmachungen und Termine zu beachten:

I. In allen Betrieben findet spätestens bis Montag, den 23. Februar 1931, eine Betriebsrats-Sitzung statt mit folgender Tagesordnung (wobei die Reihenfolge zu beachten ist):

1. Wahl eines Vorstandes und dessen Vorsitzenden gemäß § 23 BRG.

2. Rücktritt der Betriebsvertretung.

(In allen Betrieben, in denen die Wahlperiode mit Ende März nicht abläuft, werden die Betriebsratsmitglieder und Ersatzleute aufgefordert, ihr Amt niederzulegen, um die Neuwahl zu dem vorgesehenen Termin vom 23. bis 31. März 1931 zu ermöglichen (§ 20 BRG).)

Zu dieser Sitzung ist ordnungsmäßig, rechtzeitig und schriftlich, unter Angabe der Tagesordnung, zu laden. Ueber die Beschlüsse ist regelrecht abzustimmen. Das Ergebnis der Abstimmung einschließlich des Stimmverhältnisses ist protokollarisch festzulegen (§ 23 BRG).

II. Am Tage nach der Betriebsrats-Sitzung wird in allen Betrieben, in denen die Betriebsräte und Ersatzleute zurückgetreten sind, dieser Rücktritt der Betriebsleitung schriftlich mitgeteilt.

Zugleich erfolgt schriftliche Mitteilung an den Arbeitgeber über die erfolgte Bestellung des Wahlvorstandes unter Nennung von dessen Vorsitzenden und Mitgliedern (§ 23 BRG).

Endlich wird der Betriebsleitung noch bekanntgegeben, daß der zurückgetretene Betriebsrat gemäß § 43 BRG. bis zur Bildung des neuen Betriebsrates im Amt bleibt.

III. Am Montag, den 2. März 1931, wird ein den gesetzlichen Vorschriften entsprechendes Wahlauschreiben erlassen (§ 3 der Wahlordnung).

IV. Gemäß den Beschlüssen der Spitzenorganisationen sollen grundsätzlich gemeinsame Listen der einzelnen Organisationsrichtungen nicht aufgestellt werden. Bei der Listenaufstellung und der Wahl geht also jede Gewerkschaftsrichtung selbständig vor, desgleichen im Wahlkampf, der in offener und streng sachlicher Weise zu führen ist.

V. Nach sorgfältiger Erledigung aller Vorbereitungen finden die Wahlen in der Zeit vom 23. bis 31. März 1931 statt.

VI. Allen Beteiligten wird es zur dringenden Pflicht gemacht, die gesetzlichen Bestimmungen genau zu beachten.

VII. Ueber die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erhalten die neuen Betriebsräte nötigenfalls rechtzeitig besondere Richtlinien. Nach dem Gesagten sind bei der Durchführung der diesjährigen Wahlen folgende Termine besonders zu beachten:

Montag, den 23. Februar 1931:

Betriebsrats-Sitzung.

1. Wahl des Vorstandes und Ernennung des Vorsitzenden dieses Wahlvorstandes durch den alten Betriebsrat.

2. Rücktritt des alten Betriebsrats.

Montag, den 2. März 1931:

Aushängen des Wahlauschreibens und Auslegen der Wählerlisten.

Donnerstag, den 5. März 1931:

Letzter Tag des Einspruchs gegen die Wählerlisten.

Montag, den 9. März 1931:

Letzter Tag zur Einreichung der Vorschlagslisten.

Montag, den 16. März 1931:

Aushängen der Vorschlagslisten.

Montag, den 23. März 1931:

Wahltag.

Tarifbewegungen

Lohnverhandlungen für die sächsischen Gemeindearbeiter und Straßenbahner.

In Nr. 20 unserer Verbandszeitung vom 20. Dezember 1930 teilten wir mit, daß der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden die jetzt geltenden Lohnverträge für die Gemeindearbeiter und Straßenbahner zum 31. Januar 1931 aufgekündigt hat.

Am 10. Januar d. J. fanden die ersten Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband, unserem Verband und dem Gesamtverband in Dresden statt.

Die Lohnarbeitskommission der Gewerkschaften war gespannt auf die Höhe der Abbauforderungen der Arbeitgeber und die Begründung derselben. Die Arbeitgeber forderten die Herabsetzung der Löhne vom 1. Februar 1931 ab um 6 v. H. Wer etwa glaubte, eine durchschlagende Begründung der Abbauforderungen zu hören, wurde enttäuscht. Nichts weiter, als die allgemeinen Argumente der Arbeitgeber, die man jetzt an allen Ecken und Enden hören und lesen kann.

Beamtengehaltsabbau, Preissteigerung, die Notwendigkeit der Senkung der Selbstkosten und der Steuerlasten der Gemeinden und die Entwertung des Lohnniveaus in der Privatindustrie.

Von Arbeitnehmerseite wurde besonders darauf hingewiesen, daß schon seit Monaten von den insgesamt 30 000 Gemeindearbeitern und Straßenbahnern 14 000 verkürzt arbeiten und dadurch eine Lohnverminderung bis zu 10 v. H. auf sich nehmen müssen. Darüber hinaus ist leitens des Vertreters unseres Verbandes betont worden, daß die Gemeinden im Laufe des letzten Jahres die Arbeitslosigkeit und dadurch die Zahl der Wahlberechtigten der Städte selbst vergrößert haben, durch

Entlassungen von einigen Tausend Gemeindearbeitern und Straßenbahnern. Auf Grund eigener Angaben sind seit Mai 1929 in den Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz allein gegen 4000 Arbeitnehmer entlassen worden. Der Abbau schreitet hurtig weiter. Die Arbeitgeber versuchen mit aller Kraft die Sanierung der Gemeindefinanzen, teilweise auf Kosten der sächsischen Arbeitnehmererschaft, durchzuführen. Die Gemeindearbeiter und Straßenbahner sollen trotz niedriger und nochmals vermindelter Löhne, durch Verkürzung der Arbeitszeit, trotz Steigerung ihrer Leistungen, eine nochmalige Kürzung der sowieso schon knappen Löhne auf sich nehmen. Die Vertreter der Gewerkschaften forderten, unter Hinblick auf die bei der Hälfte der Arbeitnehmer durchgeführten Arbeitszeitverkürzung, eine generelle Herabsetzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Verlängerung der jetzigen Löhne. Dieses Angebot der Gewerkschaften wurde vom Arbeitgeberverband strikte abgelehnt. In der Hartnäckigkeit der Arbeitgebervertreter scheiterten die Verhandlungen.

Bereits am 12. Januar fanden erneute Verhandlungen vor der Bezirksschiedsstelle unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Dr. Roscher statt. Die Schiedsstelle war von zwei weiteren unparteiischen Beisitzern und je zwei Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretern zusammengesetzt. Die Parteivorträge enthielten im wesentlichen die Ausführungen der vorhergehenden Verhandlungen und ließen ein Entgegenkommen der Arbeitgebervertreter nicht erkennen. Die mit großem Ernst vorgetragenen Ansichten der Arbeitnehmer fanden beim Vorsitzenden der Schiedsstelle und den Arbeitgeberbeisitzern wenig Verständnis und Entgegenkommen. Nach dreieinhalbstündigen, äußerst schwierigen Verhandlungen wurde nachsehender Schiedspruch gefällt:

Schiedspruch vom 12. Januar 1931.

Zwischen dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden einerseits und

1. dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Bezirk 18. Freistaat Sachsen,
2. dem Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, Bezirksleitung Leipzig.

andererseits wird hinsichtlich der bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden beschäftigten, dem **AMT. G 8** und dem **AMT. V 5** unterstehenden Arbeitern folgende Lohnregelung getroffen:

Mit Wirkung vom 1. Februar 1931 ab werden die zurzeit bestehenden tariflichen Löhne um je 6 v. H. ermäßigt. Die Frauen- und Kinderzulagen sowie die Zulagen für die Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz bleiben in der bisherigen Höhe bestehen.

Die Lohnkürzung darf nicht durchgeführt werden bei Arbeitern, deren Wochenarbeitszeit 40 Stunden und weniger beträgt.

Diese Regelung kann mit zweimonatiger Kündigungsfrist zum Monatschluß erstmalig zum 30. September 1931 aufgekündigt werden.

Die Erklärungsfrist für die Parteien richtet sich nach § 4 Ziff. 2 der Schiedsstellenordnung zum **AMT. G 8** und **AMT. V 5**.

gez. Dr. Köcher.

In der der Verkündung des Schiedspruches anschließenden kurzen Beratung der Landeslohntarifkommission beider Verbände wurde der Schiedspruch einstimmig abgelehnt und beschloffen, Berufung beim Zentralausschuß in Berlin einzulegen. Es braucht gar nicht verschwiegen zu werden, daß der Inhalt des Schiedspruches für die Gemeindeglieder und Straßenbahner direkt niederschmetternd wirkt. Ist es früher schon jemals im umgekehrten Falle vorgekommen, daß die Forderungen der Arbeitnehmer zu 100 v. H. bewilligt wurden? Dieser Schiedspruch besüßelt blühend die Situation, in der wir uns als Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen gegenwärtig befinden.

An den Arbeitnehmern dieser Betriebe soll das wieder herein geholt werden, was im Laufe der letzten Jahre nicht selten in allzu großem Optimismus für alle nicht unbedingt notwendigen Zwecke verausgabt worden ist. Fast scheint es, als wenn die in punkto Scharfmacherabsichten den privaten Arbeitgebern in nichts nachstehen wollten.

Die Verhandlungen vor dem Zentralausschuß am 23. Januar in Berlin führten zu folgendem **Schiedspruch**:

1. Die zurzeit bestehenden tariflichen Löhne der dem **AMT. G VIII** und **AMT. V 5** unterstehenden Arbeiter vermindern sich mit Wirkung vom 1. Februar 1931 ab um je 6 v. H.

2. Auf die sich aus Ziffer 1 ergebende Lohnverminderung werden Lohnausfälle durch Arbeitszeitverkürzungen, die wegen Arbeitsmangel, wegen Mangel an Mitteln oder zum Zwecke der Einstellung von Wohlfahrtsverwerbslosen vorgekommen sind bzw. werden, angerechnet. Bei ungleichmäßiger Verteilung der gekürzten Arbeitszeit ist der im Turnus sich ergebende Wochendurchschnitt der Berechnung zugrunde zu legen.

3. Diese Regelung kann mit zweimonatiger Frist zum Monatschluß erstmalig zum 30. September 1931, aufgekündigt werden.

Die Ziffer 1 desselben ist stammgemäß dem Schiedspruch der Bezirkschiedsstelle Dresden einzuvozen.

Die Ziffer 2 besagt, daß Lohnausfall, hervorgerufen durch Arbeitszeitverkürzungen, der aus Ziffer 1 sich ergebenden Lohnverminderung angerechnet wird.

Daraus ergibt sich praktisch folgendes Ergebnis: Arbeitnehmer mit 48 Stunden Arbeitszeit 6 Proz. Lohnkürzung, Arbeitnehmer mit 47 Stunden Arbeitszeit 4 Proz. Lohnkürzung, Arbeitnehmer mit 46 Stunden Arbeitszeit 2 Proz. Lohnkürzung, Arbeitnehmer mit 45 und weniger Stunden keine Lohnkürzung.

Im Gegensatz zu dem Dresdner Schiedspruch enthält der Berliner Schiedspruch insofern eine Verbesserung, als sämtliche Arbeitnehmer bis mit 45stündiger Arbeitszeit pro Woche von der Lohnsenkung ausgeschlossen bleiben.

Während der Arbeitgeberverband diesen neuen Schiedspruch anerkannte, konnten sich die Gewerkschaften hierzu nicht entschließen.

Die Nachverhandlungen am 3. Februar im Sächsischen Arbeitsministerium führten dann doch zu einem Näherkommen und endeten mit nachstehender **Verordnung**:

Der Schiedspruch des Zentralausschusses für Tariffragen der Gemeinden und Kommunalverbände vom 31. Januar 1931 wird mit folgendem Zusatz zum Vertrag erhoben:

Aus technischen Gründen soll die Kürzung erst mit Beginn der 3. Lohnwoche des Monats Februar, d. h. erst ab 15. Februar 1931, durchgeführt werden."

Der Erfolg der Dresdner Vereinbarung ist die Fortsetzung der alten Löhne bis zum 15. Februar 1931. Dadurch haben wir unserer Kollegenschaft mindestens 100 000 Mark Mehrgehälter für die ersten beiden Februar-Wochen erhalten.

Immerhin bedeutet der Ausgang dieser Lohnbewegung eine Verminderung des Einkommens unserer Kollegenschaft vom 15. 2. 1931 an die für alle bei den unzulänglichen Preisvermindrungen schwer ins Gewicht fällt. Trotzdem darf in unserer Kollegenschaft kein Mißmut entstehen. Gerade deswegen müssen wir uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die weitere Stärkung unseres Verbandes einsetzen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß der Arbeitgeberverband nach Ablauf dieses Lohnantrages wieder kündigen wird, in dem Bestreben, die Löhne weiter herunterzubrühen. Dann ergeben sich für die Gewerkschaften Verpflichtungen größten Ausmaßes, denen wir gegenüber gewappnet sein müssen.

In dem Lohnstreit mit den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken Rheinland-Westfalen

wurde am 22. Januar von dem Schlichter für den Bezirk Westfalen in Dortmund folgendes

Schiedspruch

gefällt:

1. Mit Wirkung vom 1. Februar 1931 beträgt der Lohn des Handwerkers über 21 Jahre in Ortsklasse A Gruppe I 94 bis 98 Pfg. Alle übrigen Sätze des Schemas ändern sich vom gleichen Zeitpunkte an entsprechend.
2. Diese Neuregelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. Juli 1931 aufgekündigt werden.

Zur Neuregelung der Arbeitszeit in Gusskirchen.

Seit längerer Zeit schweben Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverbänden der Gemeinden, und den am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften, zwecks anderweitiger Regelung der Arbeitszeit in den kommunalen Betrieben. Arbeitgeberverband und Gewerkschaften sind sich durchaus darüber im klaren, daß nur durch gegenseitiges Zusammenarbeiten diese an und für sich sehr schwierige Frage gelöst werden kann. Anders denkt und handelt der Herr Baumeister von dem Städtischen Bauamt. Ohne die Mitwirkung der Betriebsräte und Gewerkschaften, glaubt dieser Herr nach seinem Gutdünken die Arbeitszeit verkürzen zu können. Man soll glauben, daß man auch in Gusskirchen im Jahre 1931 wissen möchte, daß seit 1920 ein Betriebsrätegesetz besteht, und dadurch die Arbeitnehmerschaft ein Mitbestimmungsrecht hat. Man sollte ferner die Meinung vertreten, daß, wenn Vertreter der Arbeiterschaft in sachlicher Form die Wünsche der Arbeitnehmerschaft vortragen, daß dann der Herr Baumeister in ebenso sachlicher Form den Standpunkt der Verwaltung darlegen würde. Aber weit gefehlt, dieser Herr glaubt in einem Augenblick höchster Erregung sagen zu müssen: „Das geht den Betriebsrat nichts an, und erst recht geht es die Gewerkschaften nichts an. Hier bestimme ich alleine.“ Wir fragen, handelt der Herr Baumeister hier im Auftrage der Stadtverwaltung in Gusskirchen? Wir sind anderer Meinung und glauben nicht, daß dieser „Herr-im-Haule-Standpunkt“ die Ansicht der Stadtverwaltung in Gusskirchen ist und können nicht annehmen, daß die Stadtverwaltung die jegliche Notlage benutzen will, um die Arbeiterschaft, die um ihre Existenz kämpft, herauszufordern.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Lebenshaltungskosten im Januar 1931.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) bezieht sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Januar auf 140,4 gegenüber 141,6 im Vormonat. Sie ist somit um 0,8 v. H. zurückgegangen. In dem Rückgang sind alle Bedarfsgruppen außer Wohnung beteiligt, und zwar sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,0 v. H. auf 133,5, für Heizung und Beleuchtung um 0,5 v. H. auf 150,4, für Bekleidung um 2,3 v. H. auf 146,4 und für „sonstigen Bedarf“ um 0,8 v. H. auf 137,3. Die Indexziffer für Wohnung ist um 0,4 v. H. auf 131,8 gestiegen. Gegenüber dem Januar des Jahres 1930, wo der Index auf 151,6 stand, ist eine Senkung um 11,2 Punkte oder 7,3 Prozent eingetreten. Zur Beurteilung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist aber von Wichtigkeit, daß dem Sinken der Preise eine Erhöhung der Steuern und der Sozialbeiträge gegenübersteht. Von Bedeutung sind fernerhin die Fehlerquellen in der Berechnung des Index, insbesondere bei der Ermittlung der Wohnungs-

mieten, wo noch immer die Mieten für Altbwohnungen eingelekt werden, obchon ein großer Teil der Arbeitnehmer gesungen ist, in den teuren Neubauten Wohnung zu nehmen. Ein Lohnabbau von 5 bis 6 Prozent überliegt dabei in der Regel um mehr wie das Doppelte die eingetretene Verbilligung der Lebenshaltungskosten. Schwächt demgemäß die Kaufkraft und trägt damit zur Verstärkung der Arbeitslosigkeit bei.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte

Zur Beachtung!

Berichtungsberichte, die nicht innerhalb einer Woche nach Stattfinden der Berammlung bei der Schriftleitung einlaufen, können keine Aufnahme mehr finden.

Die Schriftleitung.

Jugend heraus!

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Westfälische Volkszeitung“ in Bochum einen Bericht von einem Jugendabend der Jugendgruppe unseres Verbandes in Bochum. Die Jugendgruppe zählt 30 Mitglieder und kommt jede Woche einmal zusammen. Wir lassen den Bericht des Redakteurs der „Westfälischen Volkszeitung“, der einem Jugendabend bewohnte, folgen:

Der gewaltige Kampf der katholischen Jugend gegen die staats- und volksverfälschenden Kräfte des links- und rechtsgerichteten Radikalismus hat auch in der christlichen Gewerkschaftsjugend große Beachtung gefunden und allerorts ihre Führer auf den Plan gerufen, um durch das Bekenntnis zu der großen gemeinsamen Idee der jungen Generation ihre gemeinsame Epischialverbundenheit zu bekunden, deren letzter Sinn ist, durch einen tiefen religiösen Glauben die Erfüllung letzten Sehnsühs, das Werden des groß-deutschen Vaterlandes im Geiste christlich fundierter Demokratie zu verwirklichen. In diesem Zwecke hatte der Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen die ihm angeschlossene Jugend zu einem außerordentlichen Heimabend in seiner neu bereiteten Verwaltungshalle an der Sughabstraße einberufen. Das Kampflied der Jugend „Wenn wir schreiben Seit' an Seit'“ bildete den wirkungsvollen Auftakt zu dem nachfolgenden Referat des Jugendführers Kolligs über „Strecken und Wogen christlicher Gewerkschaftsjugend.“ Sie wolle, so führte er grundlegend aus, selberantworten in den Hintergrund christlicher Weltanschauung unter Betonung eines echten und wahren Nationalismus, der die irdischen und un-demokratischen Bestrebungen des Nationalsozialismus entschieden ablehne und nur in der Liebe und verflochtenen Eingabe zur deutschen Nation, zum deutschen Volke und zu der deutschen Volksgemeinschaft letzte Einbeziehung sehe, den Kampf aufnehmen gegen die Schäden und Auswüchse am sozialen Körper unseres Volkes, wolle das große Erbe und die sozialen Verantwortung ihrer Führer bewahren, Eiserne, Juchend und Mieder als Bannerträger der Zukunft rein und unerschütterlich für spätere Generationen bewahren und erhalten. Von tiefem Verantwortungsbewusstsein gegen Volk und Staat zu immer tiefer, gliebere sie sich fremdlich und opferbereit in die große Schicksalsgemeinschaft der jungen Generation ein, die durch die Rettung und Heraus-trefflichung ganzer Menschen, ganzer Persönlichkeiten und wahrer Führernaturen als der Epizentren jugendbewegten Willens und Strebens an dem Deutschland der Zukunft gemeinsam Hand in Hand erarbeite und mitgestalte. Die große Schmelzherde der Menschheit, die Natur, zeige den Weg zu innerer Einigung, zu wahrer Kultur und Harmonisation. Bewusstseins- und Gemeinschaftsgefühl erstrecken die Beziehungen und die Beschäftigung mit den Wunden aller deutscher Volksteile die vornehmlich in dem gebundenen Hörsaal des Volkstages allen, harmonischen Ausdruck gewonnen habe. Großer Beifall belohnte den Redner für seine hochschönen Ausführungen, die anschließend von dem Vorstandsvorsitzenden Hermann bezüglich der kulturellen Bestrebungen der christlichen Gewerkschaftsjugend eine wertvolle Ergänzung fanden. Er legte seinen wertvollen Darlegungen das Wort des im Kriege gefallenen Dichters und Jugendführers Walter Mey zugrunde: „Kein Weibchen und kein Mädchen ist der tiefe Sinn jeder volkserneuernden Jugendbewegung.“ Eine kurze Sitzung aus dem Buche „Reichsjugendtage in Köln (1929)“ sowie „Das Trugselbnis christlicher Gewerkschaftsjugend an das deutsche Volk“ umrahmten fittgemäß diese eindrucksvolle Veranstaltung, die bedeutender und offenkundiger Beweis ist, daß sich christliche Gewerkschaftsjugend mit allen jugendlichen Kämpfern für Wahrheit, Recht und Freiheit solidarisches erklärt und sich mit ihnen eins weiß in dem einmütigen Willen, ein hartes und unwiderwindliches Bollwerk zu sein gegen alle Feinde christlicher Kultur und Sitte.

Bonn: Gemeindearbeiter. Am 15. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Von 23 Mitgliedern waren 28 anwesend. Kollege Schlegler gab den Jahresbericht. Monatsversammlungen fanden 3 statt. Die Ortsgruppe entsandte Delegierte nach Enckhausen zur Betriebsrat-Konferenz und zur Verwaltungsstellen-Konferenz. Gestorben war der Kollege Bremer vom Wasserwerk, dessen Abenden durch Auf-suchen geehrt wurde. Kollege Bönsgen gab den Massenbericht. Auf Antrag der Rediktoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: 1. Vorsitzender Wilhelm Wilberg, 1. Kassierer Anton Bönsgen, 1. Schriftführer Joseph Krabe.

Kollege Wolf (Bonn) dankte dem alten Vorstände für seine im Berichtsjahre geleistete Arbeiten, richtete die Bitte an den neuen Vorstand, auch im kommenden Jahre denselben gewerkschaftlichen Geist zu entwickeln. Sodann sprach Kollege Wolf über die gegenwärtige Lage. Wenn auch wir, an der Schwelle des neuen Jahres stehend, mit allen möglichen Schwierigkeiten zu rechnen hätten, so hätten wir keine Ursache, pessimistisch zu sein, sondern gerade jetzt müsse die Arbeiterchaft den Ernst der Lage erkennen und geschlossen hinter ihren Führern stehen.

Berlin. Am 4. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Kreil hielt einen Vortrag über „Arbeiter und Weltanschauung“. Der Redner erläuterte den Begriff „Weltanschauung“ und besprach eingehend die herrschenden Anschauungen und ihre Wandlungen in aller Zeit. Alsdann beleuchtete er die sich einander gegenüberstehenden Anschauungen unserer Zeit, die christliche Weltanschauung und die materialistische Weltanschauung. Hier — Anerkennung der Gleichberechtigung der Menschen und Stände, Streben nach Volksgemeinschaft und gegenseitiges Verstehen, dort — Leugnung der übernatürlichen Verantwortung, Streben nach Klassenherrschaft, Massenhaß und Terror. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Ihm folgte der Geschäftsbericht, den Kollege Kroll erstattete. Dem Bericht konnte folgendes entnommen werden: „Das Jahr 1930 war ein Jahr des wirtschaftlichen Niederganges. Die Zahl der Arbeitsuchenden im Reich stieg von 2 437 314 auf 4 046 578. Auch in den öffentlichen Betrieben Berlins machte sich die schlechte Wirtschaftslage bemerkbar. Bei der D.B.G. wurden 700 Personen im Frühjahr, und im Oktober weitere 800 entlassen. Auch in den städtischen Gaswerken und in den Reichsbetrieben sind umfangreiche Entlassungen vorgenommen worden. Trotz schlechter Wirtschaftslage sind dennoch Verbesserungen bei der Erneuerung der Tarifverträge und bei dem Abschluß der Lohnabkommen erzielt worden. Die Lohnaufbesserungen erstreckten sich auf die Kammerebetriebe, auf die köchlichen Werte und auf die D.B.G. In sämtlichen Betrieben wurden die Löhne um 3 Pf. im April, und um 1 weiteren Pf. im Oktober erhöht. Auch in den privaten Kranken- und Pflegeanstalten wurde eine Lohnbewegung mit Erfolg durchgeführt. Dort betrug die Aufbesserung für die in den Anstalten Wohnenden 2,50 Mark, für die außerhalb der Anstalten Wohnenden wurde die Wohnungszulage von 15 M. auf 30 M. erhöht. Ferner ist für die verheirateten Arbeiter der Familienzuschlag von 5 M. auf 10 M. erhöht worden. — Auf dem Gebiete der Rechtsberatung und des Rechtsschutzes sind folgende Leistungen zu verzeichnen: Es wurden 129 Auskünfte erteilt, 228 Schriftsätze angefertigt und 65 Vertretungen vor Gerichtsbehörden wahrgenommen. — An Anerkennungen sind gezahlt worden: in 125 Krankheitsfällen 2131,15 M., in 34 Fällen der Arbeitslosigkeit 1111,65 M., in 3 Sterbefällen 256,50 M., in 10 Rechtschul-fällen 700 Mark. Im Interesse der Schöpfung und Bildung unserer Mitglieder wurden 2 Unterrichtsstunden veranstaltet, außerdem sind 188 Vorträge gehalten worden. — Zuletzt folgte die Vorstandswahl. Es wurden gewählt: Franz Brandt zum 1. Vorsitzenden, Franz Gehre zum 1. Schriftführer, Wilhelm Kroll zum 1. Kassierer. — Der bisherige Vorsitzende, Karl Friedrich, der acht Jahre lang an der Spitze der Ortsgruppe gestanden hat, ist infolge eines Leidens in den Ruhestand ver-setzt worden. Er hatte bei Beginn der Wahl gebeten, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen. Der Bezirksleiter, Kollege Kroll, widmete dem aus-geschiedenen Vorsitzenden herzlichste Worte der Anerkennung. Durch einstimmigen Beschluß der Versammlung wurde der Kollege Friedrich zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Bamberg. In der am 1. Februar 1931 abgehaltenen und besuchten Generalversammlung gab der 1. Vorsitzende Oswald den Geschäftsbericht. Es fanden im Jahre 1930 1 General-, 5 Mitglieder-, 4 Reichs- und Staatsarbeiter-, 3 Anstaltsperonal-, 4 Sparten- sowie einige Betriebs-raterversammlungen statt. Daraus folgte Jahresbericht durch den Kassierer Dachwald. Denselben wurde Entlastung erteilt. Bei der darauffolgenden Neuwahl wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden Oswald, zum 1. Kassierer Dachwald, und für den zurückgetretenen 1. Schriftführer Kuntzechel wurde Schonath gewählt.

Der Vorsitzende bedankte sich für die geleistete Mitarbeit im Jahre 1930 und wünscht, daß die Mitglieder ihm im kommenden Jahre auch ferner treu zur Seite stehen.

Daraus hielt Kollege Voichert ein interessantes Referat: „Nüchtern auf das vergangene und Ausblick auf das neue Jahr“. Er streifte die höchsten Finanzverhältnisse der Gemeinden, des Staates und des Reiches und verlangte, recht einig und treu zur Organisation zu stehen. Denn nur sie will das Wohl jedes einzelnen.

Der Stadtrat Krebs stellt die Arbeit unseres Verbandes als vorbildlich hin. Er mahnte nochmals die Mitglieder, die Geschäfte der Zukunft in die Hände ihrer Führer zu legen.

Berlin. In der Generalversammlung am 24. Januar wurde der Geschäfts- und Massenbericht gegeben. Nachdem die Kassierer ihren Bericht gegeben, wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes, und zwar als Vorsitzender den Kollegen Kroll, als Kassierer Deggling und als Schriftführer Weiland. Anschließend berichtete der Vorsitzende des Betriebsrates über dessen Tätigkeit und ihre Erfolge. Mit einem Vortrage des Kollegen Strab über die gegenwärtige sozialpolitische Lage schloß die Versammlung.

Bonn, Gemeindearbeiter. Unsere diesjährige Generalversammlung am 26. Januar hatte einen überaus zahlreichen Besuch aufzuweisen. Nach dem Jahresbericht des Kollegen Schwicker fanden im Berichtsjahre acht Vorstandssitzungen und acht Versammlungen statt. Ferner veranstaltete die Ortsgruppe am 1. Januar 1930 eine wohlgelungene Weihnachtsfeier. Gestorben sind im Laufe des Berichtsjahres zwei Kollegen. Das Andenken der verstorbenen Kollegen wurde in gebührender Weise geehrt. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1930 235, sank dann durch die Abbaumassnahmen auf 242, um am Schluß des Jahres auf 262 wieder anzusteigen.

Den Massenbericht gab der Kollege Wolf. Auf Antrag der Rediktoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Aus der Vorstandswahl gingen hervor: 1. Vorsitzender Bernhard Schwicker, 1. Kassierer Wolf, 1. Schriftführer Heinrich Frankgen.

Im Anschluß an die Vorstandswahl nahm Kollege Wolf das Wort zu seinem Vortrag. Er streifte im einzelnen die Vorgänge aus dem Jahre 1930. Durch das stetige Anwachsen der Erwerbslosigkeit sind auch wir als städtische Arbeiter immer mehr in Mitleidenschaft gezogen. Dieses mache sich bemerkbar in Arbeitszeitverkürzungen, Einlegung von Feiertagen und Entlassungen. Innerhalb der Verwaltungsstelle Bonn

leien im Jahre 1930 142 Kolleginnen und Kollegen entlassen worden. Weitere Arbeitszeitverlängerungen und Entlassungen hängen davon ab, dass die Arbeiter sich wehren, dass trotz allem Widerstand und trotz aller Schwierigkeiten die Ortsgruppe vom Gemeindegewerkschaftler auch im Jahre 1931 einen weiteren Aufstieg nehmen mögen.

Kollege Effer ging in seinen Ausführungen nochmals auf die Einführung der Invalidenversicherung ein; kritisierte die Errichtung der Betriebskrankenkasse und gab seiner Meinung dahingehend Ausdruck, dass die Errichtung der Betriebskrankenkasse nicht zum Schaden der tätigen Arbeiter sich auswirken könnte. In seinem Schlusswort gab der Kollege Effer noch bekannt, dass in der nächsten Zeit Hausagitation vorgenommen werden müsste, um die abseits stehenden Kollegen noch für unsern Verband zu gewinnen.

Bochum. Am 17. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Zu Beginn der Versammlung gab der 1. Vorsitzende Kollege Schröder den Bericht über das Jahr 1930. Danach fanden zwölf Mitgliederversammlungen der Ortsgruppe, drei Betriebsmitgliederversammlungen, fünf Fachgruppenversammlungen der Krankenspieler, eine öffentliche Versammlung und eine gemeinsame Versammlung mit den übrigen Bochumer Ortsgruppen statt. Der Versammlungsbeschluss war befriedigend, dies um so mehr, als durch Errichtung der Verwaltungsstelle Bochum jetzt die Möglichkeit besteht, in jeder Versammlung einen Vortrag zu hören. Weiter haben Kartierung, neun Vertrauensmännerversammlungen, sechs Vorstandssitzungen und sechs Schulungsabende, drei Vorstandssitzungen wurden gemeinsam mit den übrigen Bochumer Ortsgruppen abgehalten. Auf den Verwaltungsstellen- und Bezirkskonferenzen war die Ortsgruppe zahlreich vertreten. Weiter beteiligten sich unsere Mitglieder sehr zahlreich an sechs Kartellversammlungen und drei Kundgebungen. Die Mitgliederzahl konnte im Jahre 1930 von 120 auf 231 gesteigert werden.

Die Zahl der Arbeiterratmitglieder wurde von sechs auf dreizehn gesteigert. In folgenden Betrieben gelang es uns erstmalig Mitglieder zu gewinnen: Krankenhaus, Bergmannshof, Nährstoffapparat, Schulen und Konfessionelle Krankenkassen. Es besteht somit, in Bochum nur noch ein Betrieb in dem wir noch nicht vertreten sind.

Für die Frauen unserer Mitglieder wurden drei Familienabende veranstaltet, die durch die Mitwirkung des Konsumvereins einen guten Verlauf nahmen.

Zum Schlusse sprach Kollege Schröder dem Kollegen Hartmann den Dank der Ortsgruppe für seine treue und tatkräftige Mitarbeit aus und wies darauf hin, daß nur dadurch, daß in Bochum eine Verwaltungsstelle errichtet wurde, unsere Ortsgruppe innerhalb der kurzen Zeit eines so großen Aufschwunges nehmen konnte.

Diesem darauf folgende Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des gesamten Vorstandes.

Kollege Hartmann erwähnte den Vorstand auch so wie im vergangenen Jahre treu und unermüdet zum Wohle des Verbandes zu arbeiten.

Zu Punkt 2 gab Kollege Hartmann den Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Es handelte sich, so führte er aus, in der Hauptsache darum, ob die Gewerkschaften in den kommenden Verhandlungen durch Zusammengehen mit dem Schlichter eine Mehrheit bilden wollen, oder ob sie es dem Arbeitgeber überlassen werden, mit dem Schlichter zusammen diese Mehrheit zu bilden. Wäre der Arbeitgeber diese Mehrheit, so sei mit einem Lohnabbau in einer Höhe zu rechnen, die die Gewerkschaften bestimmt vermeiden können. In die Ausführungen schloß sich eine lebhafte Aussprache. Die Mehrheit der Kollegen stellten sich auf den Standpunkt, daß in den Lohnverhandlungen jedes agitatorische Moment ausgeschlossen habe. Sollten sich Verhandlungsteilnehmer finden, die aus Furcht vor ihren Mitgliedern oder der AGO kein Verantwortungsgefühl ausstrahlen können, so seien diese öffentlich zu brandmarken. Nur durch das gegenseitige Vertrauen zwischen Führung und Mitgliedern sei es möglich entsprechende Arbeit zum Wohle der Kollegen zu leisten.

Wuppertal. Die Jahres-Hauptversammlung der Ortsgruppe fand am 26. Januar statt. Der zweite Vorsitzende gab einen Überblick über die Entwicklung der Ortsgruppe. Außer einigen Unwesentlichen gehören alle Wuppertaler Arbeiter unserem Verbande an. Die Entwicklung unserer Massenverbände ist trotz größerer Rückschlägen im vergangenen Jahre günstig gewesen.

Kollege Hermann dankte dem bisherigen Vorstande für die geleistete mühselige Arbeit auch im Namen der Bezirksleitung und der Hauptverwaltung und leitete die Wahl des neuen Vorstandes. Es wurden gewählt: Kollege Andr. Reiter 1st. Vorsitzender, Kollege Wil. Schnab, 1. Kassierer, Kollege Georg Schmidt, 1. Schriftführer.

In einem kurzen Vortrag ging der Verbandsbeamte auf die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den öffentlichen Betrieben ein. Unsere Zukunftsaussicht wurde dabei in den Vordergrund gestellt. Niemand, betonte der Redner, war ein fester Zusammenschluß der Arbeiter mehr anzustreben, nie eine feste Gewerkschaft notwendiger als heute. Es gilt, eine alleinige oder größtenteils auf den Schülern der Arbeiter ausgeübende Senkung der Produktionskosten abzumehren, den Kampfpunkten gewisser Kreise gegen die öffentlichen Betriebe entgegenzutreten, unsere Sozialversicherung zu schützen und auszubauen und trotz aller Widerstände das Lebensniveau der Arbeiterschaft zu halten bzw. zu heben. Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist Aktivität, Mitarbeit aller Kollegen.

Essen. Am 26. Januar fand eine Versammlung für städtische Fachgruppen, verbunden mit dem Wahl des Ortsverwaltungsvorstandes, statt. Kollege Höhn gab den Geschäfts- und Massenbericht. Die beiden Berichte ergaben ein außerordentliches Bild der im vergangenen Jahre in der Verwaltungsstelle Essen geleisteten Arbeit.

Demnach sei folgendes entnommen: Rechtsauskünfte 1750, Schriftsätze 841, Vertretung am Arbeitsgericht, Verleumdungsklagen, Schlichtungsausschuss usw. 50. Mit vollem Erfolg erbeten 86, mit teilweisem Erfolg

10, ohne Erfolg 5. Barerfolg insgesamt ungefähr 7785 RM. Schriftwechsel: Eingang: Briefe 446, Karten 104, Druckfachen 186, Pakete 97. Ausgang: Briefe 1021, Karten 57, Druckfachen 2956, Pakete 14. Versammlungen fanden statt: 209, Sitzungen 71, Konferenzen 6, Unterrichtskurse 1, Verhandlungen 34.

An Unterstuhlungen wurde gezahlt: Krankengeld 2594 45 RM, Arbeitslosenunterstützung 324,26 RM, für Rechtschutz 380,55 RM, Sterbegeld 329 RM, insgesamt 3668,26 RM.

In den Verwaltungsstellenvorstand für das kommende Jahr wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender: Nienhaus, 1. Schriftführer: Malchewski, 1. Kassierer: Höhn.

Nach erfolgter Neuwahl referierte Kollege Höhn über das Thema: „Gewerkschaften, Lohnabbau und Wirtschaftskrise“.

Er führte unter anderem folgendes aus:

Die Arbeitgeber glauben durch Senkung der Löhne die Wirtschaftskrise behebend zu können. Demgegenüber stellen wir fest, daß so wichtig der volkswirtschaftliche Grundgedanke auch ist: Senkung der Produktionskosten und Preise führen zu erhöhtem Verbrauch, letzteres nicht allein durch Senkung der Löhne erreicht werden kann. Vielmehr müsse versucht werden, den Weg vom Produzenten zum Verbraucher zu verkürzen. Entfielen vor dem Kriege 70 v. H. auf Produktion und 30 v. H. auf die Verteilung, so stellen wir heute fest, daß 57 v. H. auf Produktion und 43 v. H. auf Verteilung entfallen. Das bedeutet, daß infolgedessen rund zwei Millionen dem Arbeitsprozeß entzogen sind. Gemessen an der Bevölkerung gegenüber der Zahl der Arbeiterschaft ergibt sich, daß erstere in ihrem Existenzminimum noch weitaus besser dastehen. Aber trotzdem wird bei der Arbeiterschaft bereits ab Januar eine Lohnsenkung vorgenommen, während der Gehaltsabbau für Beamte erst ab Februar in Kraft tritt. Dazu ist noch zu bemerken, daß in den meisten Betrieben mit Preisstärken gearbeitet wird. Die Forderung der Gewerkschaften ist: Erhöhung des Reallohnes, Förderung der Preisfestsetzung und vor allem Senkung der Verwaltungskosten. Es geht nicht an, der Arbeiterschaft Opfer aufzuerlegen, die die Tragfähigkeit derselben übersteigen, während man an hohen und höchsten Stellen noch Gehälter zahlt, die mit der allgemeinen Not des deutschen Volkes nicht mehr zu vereinbaren sind. Hier muß, wenn nötig durch Maßnahmen der Regierung der Gehalt Sparmaßnahmen angeleitet werden. Erst wenn der Preisabbau die Lohnsenkungsfaktoren ein beträchtliches übersteigt dürfen wir eine Besserung der Krise erwarten. Redner berichtete sodann noch kurz über die Lohnverhandlungen für Gas- und Wasserwerke sowie Gemeindegewerkschaft für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Unter Hinweis auf die kommenden Betriebsräteahlen führte Kollege Höhn aus, daß wir als Gewerkschaften jede Vorkaufstellung nach politischen Gesichtspunkten auf das entschiedenste ablehnen. In der Diskussion wurde hauptsächlich zum Ausdruck gebracht, daß dem Abbau der Löhne der größte Widerstand entgegenzusetzen sei, und daß eine gewerkschaftliche, feste Organisation mehr wie je notwendig ist und eine rege Agitation für unseren Verband entfaltet werden müsse. Noch stehen viele Kollegen abseits, sie für unsere Ideale zu gewinnen, das ist unsere Pflicht in der nächsten Zeit.

Witten. Am 20. Januar fand die Jahres-Generalversammlung der Ortsgruppe statt. Nach Belangen des eingegangenen Schriftwechsels gab der Bezirksleiter Angermann (Wenzig) einen Rückblick auf das vergangene Jahr und einen Ausblick auf das eben begonnene. Im einzelnen wies Redner darauf hin, daß ein Jahr voller Enttäuschungen und tiefsten wirtschaftlichen Niederganges hinter uns liegt. Kein Stand im deutschen Volke ist stärker in Mitleidenschaft gezogen worden, als die Arbeiterschaft. Die große Arbeitslosigkeit mit ihren Folgen müssen stärkstens von der arbeitenden Volksschicht angesoffen werden. Drängungen und insbesondere Arbeit werden besonders hart betroffen. Die nächsten für das neue Jahr sind nun leider wenig günstig. Der Tiefstand der Wirtschaftskrise hält an. Bessere Betriebsbedingungen und Ertragungen sind bereits erfolgt oder stehen bevor. Für die Arbeiterschaft hängt über dem Eingange in das Jahr 1931 das Damoklesschwert des Lohnabbaus. Auf innen- und außenpolitischen Gebiet zeigen sich Spannungen, die leicht zur Entladung kommen und schwere Folgen nationaler und wirtschaftlicher Art auslösen können. Geschlossenheit und einmütiges Handeln aller Volkstreu ist notwendig, um den gegenwärtigen Tiefstand zu überwinden. Doppelt notwendig ist aber die geschlossene Front der Arbeiterschaft, weil diese am härtesten unter der heutigen Zeit leiden.

Den befallig aufgenommenen Ausführungen des Redners folgte der Massenbericht, welchen Wilhelm Fischer erstattete. Die finanzielle Grundlage der Organisation hat sich in erfreulicher Weise in der Vergangenheit gehalten und zeigt auch gegenwärtig eine günstige Entwicklung auf. Auch hat sich die Mitgliederzahl im Berichtsjahre erhöht, trotz der scharfen Kampfmaßnahmen der sozialistischen Bewegung.

Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt war, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten, die in seltener Einmütigkeit durchgeführt wurde. Aus der Wahl gingen hervor:

Peter Schmollowski als Vorsitzender, Anton Emmaus als Schriftführer, Wilhelm Fischer als Kassierer.

Im folgenden Punkte der Tagesordnung wurden Betriebsangelegenheiten behandelt und eine Reihe Wünsche vorgebracht, deren Weiterleitung und Erledigung durch die Organisation zugesagt wurde.

Esslingen, Gemeindegewerkschaft. Am 18. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nachdem das Protokoll der vorjährigen Generalversammlung verlesen war, gab der Kollege Höhn den Jahresbericht. Vorstandssitzungen und Versammlungen wurden allmonatlich abgehalten. Die Mitgliederzahl liegt von 38 auf 42. Gestorben war der Kollege Hubert Schmitz, dessen Andenken die Versammelten durch Aufstellen von ihren Eichen ehrten. Im Berichtsjahre wurde ferner mit der Kreisverwaltung einen Manteltarif für die Kreiswegewärter des Kreises feststellen abgeschlossen. Den Massenbericht gab der Kollege Steffens. Festgestellt wurde von den Redner, daß die Kassengeschäfte müßiggelassen von dem Kollegen Steffens geführt wurden, und wurde ihm auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen

hervor: 1. Vorsitzender Peter Hohn, 1. Kassierer Philipp Steffens, 1. Schriftführer Kollege Simon Krupp

Kollege Wolff (Dorn) dankte vor allen Dingen dem alten Vorstande für seine geleisteten Arbeiten und sprach die Erwartung aus, daß der neue Vorstand in die Fußstapfen des alten treten möge. In längeren Ausführungen verbreitete sich Kollege Wolf über die allgemeine Lage in den kommunalen Betrieben, und war der Meinung, daß nur durch gewerkschaftliche Tätigkeit es uns gelingen könne, die schwierigen Verhältnisse zu meistern

Freitag. In unserer Generalversammlung am 1. Februar berichtete der 1. Vorsitzende, Kollege Wolf, daß sechs Versammlungen und eine Generalversammlung abgehalten wurden. Er erwähnte die heutige schwere Wirtschaftslage und bemerkte, daß das ständige Arbeitsverhältnis der Gemeindegewerkschafter ungewohnt wertvoll sei. Der Mitgliederstand hob sich von 41 auf 42. Aus dem Bericht des Kassierers, Kollegen Kugmeyer, war zu entnehmen, daß die Kassenverhältnisse durchaus geordnete waren.

Bei der nunmehr vorgenommenen Neuwahl wurde als 1. Vorsitzender Kollege Korbmann Wolf, als 1. Kassierer Kollege Kater Kugmeyer und als 1. Schriftführer Kollege Johann Trübner gewählt.

Kollege Stadtrat Weitemeyer forderte die Kollegen auf, künftighin noch besser als bisher für den Verband zu arbeiten; denn gerade die jetzige schwere Wirtschaftskrise fordere noch stärkeren Zusammenschluß wie bisher.

Kollege Vehnher gab einen ausführlichen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Er schilderte die Wirtschaftskrise, von der die ganze Welt verhaftet ist und ihre Ursachen. Weiter erläuterte er die neuen Bestimmungen in den Tarifverträgen, die im Jahre 1930 geschaffen werden konnten. Die Not der Zeit stellt gebietend die Forderung auf stärksten Zusammenschluß der Arbeiter, um die drohenden Verschlechterungen in ihren Tarifverträgen abzumehren.

Freitag. In unserer diesjährigen Jahresgeneralversammlung am 24. Januar 1931 zeigte der Geschäftsbericht des Vorsitzenden Kollegen Köpfel, daß der Mitgliederstand 86 beträgt. Es wurden 5 Versammlungen und 5 Vorstandssitzungen abgehalten. Es konnte an 10 Kollegen die Verbandsnadel gegeben werden zur Anerkennung für regelmäßigen Versammlungsbesuch. Kollege Walter erstattete den Kassenbericht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Der Vortrag des Kollegen Kling aus Frankfurt a. M. gab einen Rückblick auf das verfloffene Jahr und einen Ausblick für die kommende Zeit.

Sessentagen. Am 13. Januar 1931 fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Zu Beginn derselben gab Kollege Engelmeier den Jahresbericht des Vorstandes. Danach hat unsere Ortsgruppe ihre Mitgliederzahl von 109 auf 169 steigern können. Die Zahl der Beiträge- und Arbeiterräte steigerte sich von 6 auf 8. Mitgliederversammlungen fanden statt. Außerdem fanden Betriebsmännertreffen und sechs Vorstandssitzungen. In einem sechs Wochen dauernden Schulungskursus unterrichteten die Kollegen Korbmann (Eisen) und Hartmann (Bodum) die Vertrauensleute über Fragen des BKG, und des Tarifvertragsrechts. Im Anfang des Jahres 1930 wurden in den städtischen Betrieben rund 400 Kollegen entlassen und an ihre Stelle Hilfsorgeschäftiger eingestellt. Leider ließ es sich nicht verhindern, daß sich auch eine Anzahl unserer Mitglieder unter den Entlassenen befand. Nachdem diese Kollegen jetzt aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind, werden sie vom Fürsorgeamt den städtischen Betrieben zugewiesen und arbeiten zum Teil wieder an ihren alten Arbeitsplätzen. Kollege Engelmeier wies auf die in diesem System liegende Ungerechtigkeit hin und forderte Beseitigung dieses „Monopols“ zur Beschaffung billiger Arbeitskräfte für die städtischen Betriebe.

Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl bis auf den 1. Kassierer Kollegen Weib, der wegen Arbeitsüberlastung sein Amt niederlegte. An seiner Stelle wurde Kollege Krens gewählt.

Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß durch die hohe Arbeitslosenziffer der größte Ausgabenposten in Arbeitslosenunterstützung bestand.

Zum Schluß der Versammlung gab Kollege Hartmann (Bodum) den Bericht über die Lohnbewegung. Nach einer lebhaften Aussprache, die einmütig das Vertrauen der Mitglieder zur Verbandsleitung ergab, schloß Kollege Engelmeier mit einem „Gut Auf“ für das kommende Jahr die Versammlung.

Mittwoch. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe, die am 24. Januar stattfand, hatte gegenüber den sonstigen Versammlungen einen besseren Besuch aufzuweisen. Kollege Trübner gab einen ausführlichen Bericht über das Leben der Ortsgruppe im vergangenen Jahr. Neben der zu beobachtenden Gleichgültigkeit der Kollegen seien aber auch Kräfte tätig gewesen, um das Leben der Ortsgruppe zu befruchten und die Organisation zu stärken. Bei den Betriebsratswahlen im vergangenen Jahre hatten wir Fortschritte zu verzeichnen. Die Kassenverhältnisse zeigten eine gesunde Entwicklung. Nachdem sich der Kassierer, Kollege Glöckner, noch näher über die einzelnen Positionen der Kasse äußerte, wurde leitens der Kassenprüfer Entlastung beantragt, dem leitens der Versammlung entsprochen wurde. In der nunmehr vorzunehmenden Vorstandswahl wurde aus der Versammlung der Vorschlag gemacht, den alten Vorstand wiedergewählen. Da anderweitige Vorschläge nicht gemacht wurden, wurde dem entsprochen. Nach der Vorstandswahl zeigte Kollege Beckmann (Gannover) in seinem Vortrage die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe. Lohnkürzung oder Arbeitszeitkürzung seien Probleme zu denen wir Stellung zu nehmen hätten. Die Lohnartikeln seien gekürzt, die Forderungen des Arbeitgeberverbandes seien noch nicht bekannt. Die Vorgänge in der Privatindustrie zeigten aber, daß vor den öffentlichen Betrieben nicht halt gemacht würde. Trotzdem unsere Position in der augenblicklichen Arbeitszeit schwächer ist als sonst, haben wir keine Veranlassung, müßlos den Dingen gegenüber zu stehen.

Mit ruhiger Ueberlegung und dem notwendigen Verantwortungsbewußtsein gehen wir an die Lösung dieser schwierigen Probleme. Wachsamem Auge und in geschlossener Front ist dieser Abwehrkampf zu führen. Eine auf gesunden Grundlagen aufbaute Gewerkschaftsbewegung ist in der Lage ihre Mitglieder sicher durch die Wirrnisse der Zeiten zu führen; und dazu zählt sich auch unser Verband. Verantwortung und Hilfe gegenüber der Arbeiterschaft, aber auch Verantwortung gegenüber dem Volksganzen. Darauf sei in Zukunft unsere Arbeit gerichtet.

Nach dem Vortrag folgte noch eine lebhafte Aussprache, die sich mit der örtlichen Organisationsmöglichkeit und mit der Inaktivitätunterstützungskasse des Verbandes befaßte. Die Generalversammlung nahm einen schönen Verlauf. Mögen den Wünschen und Hoffnungen die Seiten bald folgen. Mit dem Appell zur weiteren treuen Mitarbeit schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Mittwoch. Am 25. Januar hielt die Ortsgruppe ihre Monatsversammlung ab. Zahlreich waren die Kollegen mit ihren Frauen erschienen. Arbeitersekretär Ehren (Lietwig) hielt zunächst ein Referat über „Bedeutung und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der Gegenwart“. Der Redner kam auf die Gründerzeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu sprechen und zeigte an Hand von Beispielen, wie erfolgreich gerade die christlichen Gewerkschaften sich in den letzten 30 Jahren für die Arbeiterschaft eingesetzt haben. Auch in der heutigen schweren Wirtschaftskrise erfüllen die christlichen Gewerkschaften voll und ganz ihre Pflicht, obwohl manche berechtigte Forderung der Arbeiterschaft sich im Augenblick sehr schwer durchzuführen läßt. Notwendiger denn je sei heute ein fester Zusammenschluß aller christlich gesinnten Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften. Die Arbeiterschaft habe von den radikalen Elementen, ganz gleichgültig, ob links oder rechts, nichts für sich zu erwarten. Die christlichen Gewerkschaften sind politisch neutral; sie stellen sich nur in der Lage, die berechtigten Belange für die Arbeiterschaft zu erkämpfen.

Kollege Schönfeld sprach dann noch kurz über die erfolgte Kündigung des Lohnarbeitsvertrages für die Gemeindegewerkschafter Oberschleffens. Der Redner führte aus, daß die Gemeindegewerkschaften in Oberhessen am niedrigsten von allen Bezirken des Reiches sind. Es gehe nicht an, daß noch eine weitere Reduzierung der hier gezahlten Löhne erfolgen könnte; denn dies würde zu einer Katastrophe für die Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen führen. Jeder Funktionär und jeder Kollege müsse sich aber auch jetzt völlig in den Dienst seiner Organisation stellen, damit der Lohnkampf zu einem guten Ende geführt wird.

Freitag. In der am 18. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Nach dem Bericht des Vorsitzenden Kollegen Wegang und des Kassierers Kollegen Gintz wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Kollege Wegang wies besonders darauf hin, daß es Pflicht aller Kollegen sei, mehr noch als bisher, dafür Sorge zu tragen, daß auch der letzte Unorganisierte sich unserem Verbands angeschlossen. Anschließend gab Kollege Hartmann (Bodum) in kurzen Zügen einen Bericht über die am 17. Januar stattgefundenen Verhandlungen über den Lohnarbeitsvertrag für die Gaswerke und Elektrizitätswerke. Von den Gemeindegewerkschaftern wurde der Antrag gestellt einen Familienabend zu veranstalten und dazu besonders die Kollegen von den BVB. einzuladen.

Sonntag. Unsere Generalversammlung am 2. Februar gab eine gute Uebersicht über die Tätigkeit des Verbandes im vergangenen Jahre. Der Vorsitzende, Kollege Schneider, berichtete: Das Jahr 1930 ist für die hiesige Ortsgruppe, trotz aller Widernisse ein Jahr des Aufstiegs gewesen. Konnten wir doch im verfloffenen Jahr 8 Uebertritte und 3 Neuaufnahmen verzeichnen. 3 Kollegen raffte der Tod hinweg. Es fanden im Berichtsjahr 6 Mitgliederversammlungen und 3 Vorstandssitzungen statt. Der Kassierer, Kollege Hartwig, gab den Kassenbericht. Auf Antrag der Kassenrevidoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die dann folgende Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender: Kollege Th. Schneider, der somit zum zwölften Male das Amt des Vorsitzenden inne hat. Ein Zeichen guten Einverständnisses zwischen Vorsitzenden und der Kollegenchaft. Mit Ausnahme des 1. Schriftführers wurden dann sämtliche Vorstandsmitglieder, genau wie der 1. Vorsitzende, einstimmig wiedergewählt.

1. Vorsitzender: Kollege Theo. Schneider; 1. Schriftführer: Kollege Emil Horneder; 1. Kassierer: Kollege Johann Hartwig.

Kollege Wolf führte in seinem Vortrag über die allgemeine Lage etwa folgendes aus: Das verfloffene Jahr 1930 ist für die deutsche Arbeiterschaft ein schwarzes Jahr gewesen. Der Optimismus, den wir zu Anfang des Jahres gehabt haben, hat sich nicht bestätigt. Die Erwerbslosenzahl ist zu unserem Bedauern von 2 auf 4,5 Millionen gestiegen. Die Kommunen und Provinzen können, wenn überhaupt, so nur durch die allergrößten Opfer ihre Staatsausgaben. Besonders das Ende des Jahres wurde überflutet von einer Lohnabwärtswelle. Was lernt die deutsche christliche Arbeiterschaft daraus. Es kann und wird ihr nicht gleichgültig sein, ob sie durch die Wachstumsphase gewisser Wirtschaftskreise und Variationen unterjocht wird. Der deutsche Arbeiter will mitbestimmen sein an seinem Los. Deshalb hat er zu seinen Führern Vertrauen, sich zu Berufsverbänden zusammengeschlossen um Einigkeit und Ordnung herbeizuführen. Redner ermahnte die Kollegen, auch weiterhin dem Verbands treu zu bleiben. Auch die jüngeren Kollegen müssen treu zur Fahne der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen, wollen wir uns das erhalten, was die älteren uns geschaffen. Mögen uns auch manche Maßnahmen unverständlich sein. Wir halten zu unserem Verband, zur christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Schlussspiel. Die Generalversammlung der Jahrsgruppe Gemeindegewerkschafter fand am 31. Januar unter roger Beteiligung der Mitglieder statt. Der Vorsitzende, Kollege Rump, gebachte zunächst der verstorbenen Kollegen der Ortsgruppe, die von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt wurden. Nach Verlesung des Protokolls gab Kollege Rump den Tätigkeitsbericht des abgelaufenen Geschäftsjahres. Die Ortsgruppe hielt 7 Versammlungen und 7 Vorstandssitzungen ab. Der Durchsichtsbuch

konnte besser sein. Neben den Versammlungen der einzelnen Fachgruppen hielt die Ortsgruppe eine gemeinsame Versammlung ab, in der 7 Jubilare geehrt werden konnten. Die 4 Bildungsabende und die Veranstaltungen des Kartells waren von der Ortsgruppe gut besucht. An Arbeitslosen waren in der Ortsgruppe 3 Kollegen vorhanden. In Zukunft steht aber eine größere Unsicherheit in der Beschäftigung zu erwarten. Durch die Fernabverföhrung und durch die Stilllegung des E-Werks stehen größere Umstellungen bzw. Entlassungen bevor. Die Tarifverträge sind für alle Gruppen gefündigt. Gerade jetzt heiÙe es, fest zur Organisation zu stehen. Der Vorsitzende dankte dann allen Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten der Ortsgruppe, so auch den Bezirksleitern für ihre Tätigkeit in der Ortsgruppe. Der im Anschluß hieran gegebene Kassenbericht gab zu Beanstandungen keinen Anlaß. Die Kassenprüfer haben die Kasse stets in bester Ordnung befunden und beantragten, dem Kassierer Kollegen Wöhle Entlastung zu erteilen, dem die Versammlung nachkam. Der Mitgliederbestand ist trotz einiger Schwankungen im Laufe des Jahres derselbe geblieben.

Nachdem die Vorstandsmitglieder ihre Ämter zur Verfügung gestellt hatten, dankte Kollege Eggeling namens der Ortsgruppe dem Kollegen Rumpf für die vorzügliche Führung der Ortsgruppe. In der heutigen Zeit kommt es auf den richtigen Führer an. Die Versammlung wählte den Kollegen Rumpf einstimmig als Vorsitzenden wieder, zum Schriftführer Kollegen Offenlopp und zum Kassierer Kollegen Wöhle. Der alte Vorstand hat also erneut das Vertrauen der Ortsgruppe.

Nach Eröffnung der Vorstandswahl nahm der Bezirksleiter Kollege Wellmann das Wort zu einem informierenden Vortrag über die augenblickliche Wirtschaftslage und ihre Bedeutung für die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe. Die jetzige Zeit sei eine Prüfung des Persönlichkeitswertes der Führer und Mitglieder. Die Gegner der Gewerkschaften benutzen die gegenwärtige Lage, um die Gewerkschaften zu schwächen. Jeder gebe es auch Arbeiter, die die Feinden der Zeit nicht erkannt haben. Mag die Zeit für uns augenblicklich ungünstig sein, sie wird auch wieder hoffnungstrotziger. Der sicherste Fort der Arbeiterschaft bleiben die Gewerkschaften trotz aller Anfeindungen. Stehe jeder auf seinem Posten, denn auf es hat etwas zu verteidigen, was in jahrzehntelanger Arbeit geschaffen wurde. Wenn wir den Glauben an uns selbst und an unsere Einrichtungen behalten, dann brauchen wir nichts zu fürchten.

Ingolstadt, Reichsarbeiter. In der gut besuchten Generalversammlung unserer Ortsgruppe wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Hinder durch Erheben von den Äygen geehrt. Dem Jubiläum des Kollegen Döllinger, der 25 Jahre Mitglied des Verbandes ist, gedachte der Vorsitzende in längeren anerkennenden Ausführungen. Er überreichte dem Jubilar die Silbermedaille sowie ein schönes Buchgeschenk des Verbandes und ein Angebinde der Ortsgruppe. — Es wurden sechs Versammlungen und zwei Vorstandssitzungen abgehalten. — Zwei Vertretungen beim Oberversicherungsamt führten zu Erfolgen für die in Betracht kommenden Kollegen. Die Zusammenarbeit der Vorstandschaft mit dem Vorstand. Bei der Neuwahl wurden folgende Kollegen neu gewählt: 1. Vorsitzender Schmauder, 1. Kassierer Heilmann, 1. Schriftführer Götz, Kollege Sauermaun (München) zeichnete die Arbeit des Verbandes im abgelaufenen Jahre. Er ging vor allen Dingen auf den Neuaufschluß des Manteltarifvertrages und auf die Änderungen in der Zusatzverföhrung des Reiches und der Länder ein. Nach einer sehr lebhaften Aussprache, die den Willen zu Einheit und Treue zum Ausdruck brachte, fand die Generalversammlung ihr Ende.

Ingolstadt, Gemeinbearbeiter. Am 21. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden Kollegen Bichler ging hervor, daß in der Ortsgruppe eine lebhaftige Tätigkeit herrsche. Infolge der Wirtschaftskrise sind auch bei der Stadt Ingolstadt Betriebsbeschränkungen erfolgt mit ihren unliebsamen Folgen für die Kollegenschaft. Die Ortsgruppe hielt sieben meist gut besuchte Versammlungen und vier Vorstandssitzungen ab. Die drei Mitglieder im gemeinsamen Betriebsrat nahmen an acht Sitzungen teil; die zwei Mitglieder im Ausschuß der Ortskontakasse an sechsundzwanzig Sitzungen und der Vorsitzende als Mitglied der Landesstarikommision an sechs Sitzungen derselben. Sechs Kartellsitzungen bzw. Versammlungen wurden von den Delegierten besucht; an der Bezirkskonferenz nahmen zwei Delegierte teil. Der Kassenbericht des Kollegen Schneider zeigte von Ordnung und einer guten Entwicklung. Die Mitgliederzahl hat sich im allgemeinen gehalten. Nach dem Revisionsbericht und einer kurzen Aussprache wurde der alten Vorstandschaft Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl der Vorstandschaft wurden folgende Kollegen gewählt: Bichler als 1. Vorsitzender, Schneider als 1. Kassierer, Camp als 1. Schriftführer. In seinem Referat die Gemeinbearbeiter an der Jahresende" zeichnete Kollege Sauermaun (München) ein Bild der gewerkschaftlichen und tariflichen Entwicklung des Jahres 1930, hierbei die Lohnkämpfabendigungen mit dem Landesarbeitgeberverband streifend.

St. Ingbert (Saargebiet). Wenn wir bei Beginn des neuen Jahres rückblickend schauen, so haben wir, daß die gewerkschaftliche Bewegung von einem guten Geiste, einer inneren Festigung, sowie einem ständigen Vorwärtsschreiten getragen war. Das Vertrauen zum Verbande ist innerhalb der Kollegenkreise lebendiger geworden. Immer mehr erkennen man die großen sozialen Ervingenschaften unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung und der größte Teil unserer Arbeiterschaft fühlt es heute als ihre Pflicht, diese sozialen Ervingenschaften lebendig zu erhalten. Von solchem Geiste, eifriger Betätigung in unserem Verbandsleben sind aber auch die Kollegen unserer jungen Ortsgruppe St. Ingbert erfüllt. Am 1. Mai 1928 wurde die Gründung derselben vorgenommen. Am 1. Januar fand die diesjährige Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Nach dem Geschäftsbericht können wir auf eine erfolgreiche Leistung im vergangenen Jahr zurückblicken. Besonders hervorzuheben ist die Mitgliederzunahme, so daß wir heute schon fast alle

die in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter erfaßt haben. In den Vorstand wurde gewählt als 1. Vorsitzender Kollege Reil, als Kassierer Kollege Gries, als Schriftführer Kollege Curin. Nach einem ausführlichen Bericht des Kollegen Rohrbach über Ziel und Zweck der Invalidentversicherung, wurde die Einführung lebhaft begrüßt. Zum Schlusse forderte Kollege Rohrbach auf zu zielbewußter Weiterarbeit, um dadurch das Programm unserer Organisation erfüllen zu können.

Krefeld. Die hiesige Ortsgruppe hielt am 22. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab, die einen sehr guten Besuch zu verzeichnen hatte. An Stelle des durch Krankheit verhinderten 1. Vorsitzenden, Kollegen Reich erstattete Kollege Damacher den Jahresbericht. Danach hat im letzten Jahre ein sehr reges Leben in der Ortsgruppe geherrscht. Dank der treuen Mitarbeit vieler Kollegen stieg die Mitgliederzahl auf 375. Durch den Tod gingen drei Mitglieder verloren, deren Andenken durch Erheben geehrt wurde. Bei den vorjährigen Betriebsratswahlen wurden nicht nur erfreulicher Stimmenzuwachs sondern auch mehrere Sitze gewonnen. Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen fanden je 8 statt, außerdem 22 Belegschaftsversammlungen. Der Kassenbericht des Kollegen Schmitz zeigte ebenfalls ein erfreuliches Bild. Die Einnahmen der Hauptkasse wie auch der Lokalkasse sind entsprechend der Mitgliederzahl gestiegen. Der Kassierer dankte besonders den Vertrauensleuten für die fleißige und pünktliche Bedienung der Mitglieder. Nachdem dem Vorstand auf Antrag Entlastung erteilt war, schritt man zur Neuwahl derselben. Mit einer Ausnahme wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Kollege Janßen berichtete alsdann über die wirtschaftliche Lage, wobei er die Verhältnisse in den öffentlichen Betrieben sowie die Lohn- und Preisentwicklung besonders unterstrich. Einstimmig war man der Auffassung, daß alles getan werden muß, um den weiteren Ausbau der Ortsgruppe zu fördern und so den Mitgliedern noch mehr zu ihrem Recht verhelfen zu können. Erfreulich war fernerhin die Mitteilung, daß die Ortsgruppe in diesem Jahre ihr 25jähriges Bestehen feiern kann. Hoffentlich haben sich bis dahin die Zeiten wenigstens etwas gebessert. Mit dem Dank an alle Kolleginnen und Kollegen für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und der Bitte, auch in diesem Jahr ebenso treu und reger mitzuarbeiten, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Koblenz, Gemeinbearbeiter. In unserer am 18. Januar stattgefundenen Generalversammlung konnte der Vorsitzende, Kollege Heil, eine stattliche Zahl neu aufgenommenen und zu uns übergetretener Mitglieder begrüßen. Einige verstorbener Kollegen wurde durch Erheben ehrend gedacht. Der anschließende Jahresbericht des Kollegen Heil zeigte von reger Ortsgruppenarbeit im verfloßenen Jahre. Ein gutes Anwachsen der Mitgliederzahl und erfreulich viele Erfolge der Gemeinbearbeitung waren festzustellen. Während die Ortsgruppe am Jahresanfang 120 Mitglieder nachwies, konnte der Abschluß mit 164 Mitgliedern gefeiert werden. Entsprechend der gestiegenen Mitgliederzahl stiegen auch die Einnahmen der Ortsgruppe. Der Kassenbericht der Kollegin Schäfer gab Zeugnis von einer einwandfreien Geschäftsführung. Die Rechnungen beantragten nach Bekanntgabe des Ergebnisses erfolgter Prüfung Entlastung, die einstimmig erteilt wurde. Die nun folgende Neuwahl des Vorstandes zeigt folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Heinrich Heil, 1. Kassierer Frau Schäfer, 1. Schriftführer Peter Baumgen.

Herzliche Dankesworte wurden dem alten rührigen Vorstand gezollt und hieran die Hoffnung geknüpft, daß es den neugewählten Kollegen gelingen möge, den Aufstieg der Ortsgruppe zum besten unserer Kollegenschaft weiter zu fördern. Auf die Bestrebungen der Städte, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter zu verschlechtern, ging Kollege Wiermann näher ein. Die gute Entwicklung der Ortsgruppe läßt uns die Zuversicht, daß in der Zukunft eine einige, geschlossene Arbeiterschaft ihre Interessen zu vertreten wissen wird. Davon soll aber auch jeder Kollege mitarbeiten. Mit der Gewißheit ihre Interessensvertretung in guten Händen zu haben, gingen die Kollegen von der Versammlung nach Hause.

Krefeld. Die Generalversammlung der Ortsgruppe fand am 25. Januar statt. Die Kollegen waren rechtlich erschienen. Der Schriftführer, Kollege von Geselein, erstattete den Jahresbericht. Danach haben stattgefunden im vergangenen Jahre drei Vorstandssitzungen und ein gemächlicher Abend mit Frauen. Der Kassierer, Kollege Wymands, gab Ausschluß über den Stand der Kasse, der Bestand war durch die Revisionen Willems und Lentier geprüft, wobei festgestellt wurde, daß die Kasse ordnungsmäßig und übersichtlich geführt war. Der Berichtserhalter, Kollege Willems, beantragte Entlastung des Kassierers, welche einstimmig angenommen wurde. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Kollege Janßen gab einen ausführlichen Bericht über die augenblickliche soziale Lage und unsere Stellungnahme dazu. Kollege Bürger sprach einige Abschnitte des Betriebsratsgesetzes, welche für die Kollegen in der Gesamtheit wichtig waren. Er schloß mit dem Wunsch für Ortsgruppe und Verband: „Das Alte halten und weiter ausbauen.“

Seimersheim. Am 4. Januar hielt unsere Ortsgruppe der Flugbauarbeiter eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Sauer berichtete über die in München und Berlin stattgefundenen Verhandlungen wegen Übernahme des Reichswasserfahrertarifes für diejenigen bayerischen Flugbauarbeiter, die an den Reichswasserfahrern beschäftigt sind. Nach gründlicher Aussprache vertraten die Kollegen den Standpunkt, daß dieser Vertrag nur dann annehmbar sei, wenn die weiten Entfernungen, die die Flugbauarbeiter am Rhein jeweils zurücklegen müssen, auch geldlich wie bisher ausgeglichen werden. Der bayerische Landesstarikommissionär vielmehr die Eigenarten Süddeutschlands wie der Reichstarik. Der Verbandsvertreter wurde beauftragt, bei den Verhandlungen über die Löhne und Uebergangsbestimmungen alles zu versuchen, um Schäden und Nachteile von den Pfälzer Flugbauarbeitern fern zu halten. Leider mußte auch in dieser Versammlung wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Flugbaumamt Speyer es nicht übermäßig genau mit der Eingekaufung des Tarifes nimmt. Besonders bei Wegearbeitern ent-

leben Jahr für Jahr Schwierigkeiten. Zu wünschen wäre oftmals etwas mehr Mannesmut bei den Kollegen, weil damit allein schon viele Schwierigkeiten vermieden werden können.

Wais. Unsere Ortsgruppe hielt am 30. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Kollege Paul gab den Jahresbericht und führte dabei folgendes aus:

Das Jahr 1930 war ein Krisenjahr in mehrfacher Beziehung. Ganz offensichtlich können wir unterscheiden zwischen einer politischen, einer wirtschaftlichen und einer Organisationskrise. Alle drei können aber nicht jede für sich betrachtet werden, sondern sie stehen alle in einem unauflösbaren Zusammenhange. — Die Weltwirtschaftskrise, bereits schon seit Jahren vorhanden, ist im letzten Jahre zum vollen Ausbruch gekommen. Revolution in Indien, Schwierigkeiten mit Ägypten, Bürgerkrieg in China, Inflation in Rußland, haben die Hälfte der Menschen vom internationalen Weltmarkt ausgeschlossen. Das bewirkte neben der fortschreitenden Technisierung und der alle Mägen überschreitenden Rationalisierung, wie auch neben der katastrophalen Steigerung des Goldwertes einen Sturz der Weltmarktpreise, die alle Restitulationen sowohl der Betriebe, wie auch der öffentlichen Hand einmündig über den Haufen warf. Diese Krise war derartig stark, daß selbst Amerika in soziale Schwierigkeiten hineingetrieben wurde. Auch mit dem vielgepriesenen Wohlstand Australiens ist es am Ende. Eine Folge dieser Zustände ist es, daß die Absicht der Sachverständigen-Konferenzen, die den Dawesplan in den Youngplan umzuwandeln, sich gerade in das Gegenteil verkehrte. Durch die Steigerung des Goldwertes sind auch unsere Tributzinsleistungen im Werte gestiegen. Es ist klar, daß Deutschland sich gegen eine solche Entwicklung des Youngplans wenden muß und es ist mehr als verständlich, daß gewichtige Stimmen laut werden, die eine Revision dieses Vertrages fordern. Dem gegenüber steht aber, daß, sowohl Amerika, wie auch Frankreich und England von einer solchen Revision, wenigstens soweit es die Regierung angeht, zurzeit nichts wissen wollen. Denn sie haben keine Neigung, auf die Forderung an Deutschland zu verzichten, nachdem auch in ihren eigenen Ländern infolge Rückgang der Produktion und der wirtschaftlichen Ueberflüsse finanzielle Schwierigkeiten vor der Tür stehen. Hinzu kommt, daß in unserem eigenen Lande die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in ihrem Gefolge die großen Massen der Arbeitslosen, eine politische Radikalisierung ausgelöst haben, der in dem Ergebnis der Wahlen vom 14. September 1930 keinen Niederschlag gefunden hat. Und gerade das letztere bietet Frankreich, England und den Vereinigten Staaten einen weiteren Grund zu der neu geschlossenen Freundschaft; man fürchtet einen Sturz der Wirtschaftsordnung in Deutschland. Und es ist kein Geheimnis, daß im vergangenen Jahre das Auslandskapital einen ideenreichen Rückzug aus Deutschland angetreten hat. Kein Wunder, daß auch die sonst so vaterländischen Kreise, wenn es um den Geldbeutel geht, aus Angst vor dem Bolschewismus und dem von ihnen so sorgsam geförderten Faschismus Reißnahmen und ihr Geld ins Ausland ansetzen. Hierin liegt wohl der Hauptgrund der schweren Krise, die wir in Deutschland durchmachen müssen, daß wir Deutschen das Vertrauen zu uns selbst verloren haben.

Eingehend auf die Verhältnisse auf dem inneren Markt in Deutschland und hier vor allem auf die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, schilderte der Redner die Arbeit der Gewerkschaften. Er zeigte vor allem, daß das Mittel der Arbeitszeitverkürzung, wie sie vor allem in den Gemeindebetrieben zur Durchführung gekommen ist, einen sicheren Weg zeigt, um über den Berg zu kommen. Leider aber hat das Beispiel der Gemeindearbeiter nicht den Erfolg gehabt, der ihm eigentlich zugesagt war. Trotz des klaren Beweises in der Delmühlenindustrie, daß eine Arbeitszeitverkürzung keine Erhöhung der Selbstkosten bedeutet und trotz der zahlreichen Vorläufe, die auf diesem Gebiete gemacht worden sind, hat es die Privatindustrie nicht übers Herz gebracht, ihrer Mitarbeiterchaft zu helfen. Trotz aller Schwierigkeiten ist es gelungen, die Front der organisierten Arbeiterchaft zu halten, ja sogar noch zu stärken. Ebenso gelang es auch auf dem Gebiete des Tarifwesens kleinere Verbesserungen zu erzielen. Daß die Arbeiterchaft aber auch in der Lage ist, aller Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, beweist die beispiellose Bereitwilligkeit zum Tragen der Opfer, sei es durch Arbeitszeitverkürzung, Lohnreduzierung oder die Notverordnung. Notwendig aber ist es, daß auch im kommenden Jahre der Damm gesichert bleibt, damit nicht der reisende Strom der Krise ihn durchbricht und so die mühevoll, jahrelange Arbeit wieder zerstört und zunichte macht. Jetzt heißt es, die Ähne aufeinanderbehalten und aushalten.

Er dankte dem alten Vorstand für seine Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch der neue Vorstand, wie auch die gesamte Mitgliedschaft seinen Ehrgeiz darin setzt, auch den letzten Unorganisierten zur Organisation zu bringen.

Zum Schluß legte er noch einmal den Wert dar, den die neue Verhandlungsunterstützung, nämlich die Altersversicherung, für die Kollegen mit sich bringt.

Kollege Roth sowie der Kollege Pauli gaben dann noch den Geschäfts- und Kassenbericht, aus dem zu nehmen ist, daß die Mitgliedszahl mit 250 konstant geblieben ist.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab als ersten Vorsitzenden den Kollegen Valentin Roth und als Kassierer den Kollegen Karl Roth.

Auf die Bedeutung der bevorstehenden Betriebsratswahl wies der Kollege Roth hin, und nach Klärung einiger kleineren Anfragen schloß der Vorsitzende Kollege Roth die glänzend verlaufene Generalversammlung.

Mannheim. Am 16. Januar hielt die Ortsgruppe der Gemeindearbeiter Mannheim ihre Versammlung ab. Es wurde besonders Stellung genommen zu dem vom bayerischen Arbeitgeberverband gefälligen Lohnabkommen. Obwohl das Lohnabkommen ursprünglich am 31. März 1931 abläuft, haben die Arbeitgeber sich auf die Mängel der veränderten Verhältnisse berufen und zum 31. Januar 1931 gekündigt. Die bisherigen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Inzwischen ist ein Schiedspruch gefällt worden, der vorsieht, daß der Lohn der bayerischen Gemeindearbeiter ab 1. Februar um 2 Pfennig und ab 1. Mai um

weitere 3 Pfennig gekürzt werden soll. Die Mannheimer Gemeindearbeiter haben zu diesem Schiedspruch Stellung genommen und mit Rücksicht auf die gesamte Wirtschaftslage den Schiedspruch einstimmig angenommen.

Seitens der Versammlungsteilnehmer wurden die verschiedenen Winde von den einzelnen Betrieben vorgetragen. Einzelne Betriebsleitungen versuchen bezüglich der Arbeitszeit und Ueberstundenregelung Schwierigkeiten zu machen. Alle diese Maßnahmen erfordern die vollständige Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeitnehmer. Wegen das besonders die bisher Unorganisierten beachten, damit nicht die gesamte Arbeiterchaft für die Unterlassungssünden der einzelnen büßen muß.

Münster (Westf.) Die für den 25. Januar angelegte Jahres-Generalversammlung brachte nicht nur ein volles Haus, sondern verlief auch in echt kollegialer Weise. Der vom 1. Vorsitzenden erstattete Jahresbericht würdigte ganz besonders die von den Mitgliedern geleistete Mitarbeit. Der Berichterstatter stellte in seinen Ausführungen klar die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit in jetziger wirtschaftlicher Krisenzeit heraus und forderte zu weiterer Agitation für unseren christlichen Verband auf. Das Andenken der im Berichtsjahre durch Tod ausgeschiedenen 11 Kollegen wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt.

Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht ließ erkennen, daß beträchtliche Summen für Krankenfond, Arbeitslosenunterstützung, Sterbegeld und Rechtschutz verausgabt sind, und dadurch manchen Kollegen nebst Familie gut getroffen werden konnte. Von den Redatoren wurde die Kassenführung als einwandfrei anerkannt und der Erwerb der Kassenverhältnisse als gesund bezeichnet. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl, wodurch der bisherigen Vorstandsmittglieder volles Vertrauen entgegengebracht wurde; die seit einiger Zeit freigewordene Stelle des zweiten Vorsitzenden wurde durch einstimmige Neuwahl neu besetzt. Der Vorstand besteht nunmehr aus folgenden Kollegen: Jousen, 1. Vorsitzender, Stward, 1. Kassierer, Holm, 1. Schriftführer. Die Beisitzer, deren Wohnen gleichfalls einstimmig vorstatten gingen, wurden auf die einzelnen Sektionen und Bezirke verteilt. Zum Schluß der Versammlung wurde noch ein Bericht über die am 12. Januar stattgefundenen Lohnverhandlungen für Gemeindearbeiter gegeben.

München. Die ordentliche Generalversammlung fand unter starker Beteiligung am 30. Januar statt. Kollege Borek konnte u. a. auch den Vorsitzenden des Ortsrats der christlichen Gewerkschaften begrüßen. In seinem Jahresbericht zeichnete Kollege Sauerermann ein Bild der wirtschaftlichen Lage sowie der staatspolitischen Verhältnisse im Jahre 1930. Auf die öffentlichen Betriebe übergehend, mußte er leider feststellen, daß auch sie in nicht unerhebliche finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Für unsere Arbeiterchaft sind die Folgen in zum Teil durchgeführten, zum Teil beabsichtigten Entlassungen bzw. Arbeitszeitverkürzungen festzustellen. Hinzu tritt ein starker Kampf der Privatwirtschaft gegen die öffentlichen Betriebe, der auch beim Stadtrat München bedauerlicherweise Erfolge zu haben scheint.

Auf dem Tarifgebiete sind für die Gemeindearbeiter ein neuer Reichs-Bezirksvertrag sowie ein Münchener Zusatztarifvertrag abgeschlossen worden. Zwischen den Spitzenverbänden sind Richtlinien über eventuelle Arbeitszeitverkürzungen getroffen. Als Weihnachtsgeldchen hat uns der bayerische Landesarbeitgeberverband am 27. Dezember die Kündigung des Lohnarbeitsvertrages zugesandt. Für die Staatsarbeiter ist ein Antrag auf Gegenseitigkeit mit dem Reich bezüglich des Tarifvertrages gestellt worden. Für die oberbayerischen Kreisankalten sind einige wesentliche Lohngruppenhebungen erreicht. Für die Reichsarbeiter konnte ein neuer Tarifvertrag mit nicht unmerklichen Verbesserungen (insbesondere beim Krankenzohn) abgeschlossen werden, der zunächst auch für die Arbeiter bei den Arbeitsämtern Gültigkeit hat. Für die Arbeiter beim Bekleidungsamt ist ein neues Bedingebkommen, und für die bayerischen Staatsgartenarbeiter ein neuer Manteltarif geschlossen worden, der einige Verbesserungen gebracht hat.

Gewerkschaftsgegner von rechts und links haben die Situation auszunutzen versucht, um die Arbeitnehmer gegen ihre Gewerkschaften aufzuheben. Es ist ihnen nicht gelungen. — Auf dem Versorgungsgebiet, das in den Vorjahren wesentlichen Ausbau erfahren hatte, sind eine Reihe von Anträgen an die bayerische Staatsregierung gestellt worden. Weiter waren von besonderer Bedeutung die Erlasse des Reichsarbeitsministeriums bezüglich der Kapitalleistungen für die Reichsarbeiter. — Das organisatorische Leben war ein außerordentlich lebhaftes. Neben vier allgemeinen Vierteljahresversammlungen wurden ein Unterabsichts-, 86 Betriebs- bzw. Gruppenversammlungen sowie zwei Familienveranstaltungen abgehalten. An der südbayerischen Bezirks- wie an der Frankensieger-Bezirkskonferenz war die Ortsgruppe entsprechend beteiligt. Die schriftliche Tätigkeit im Verbandssitz war sehr umfangreich. Neben der Wahrnehmung von 410 Sitzungen, Versammlungen, Verhandlungen der hauptamtlich tätigen Kollegen waren im Schriftverkehr 1932 Eingänge und 12 171 Ausgänge zu verzeichnen. Am Unterabsichts der Ortsgruppe sowie am dem des Ortsrats nahmen eine große Zahl Mitglieder teil. Die Zahl der Betriebsvertretungsmittglieder hat sich um neun vermehrt. Der Mitgliedsstand hat sich gut entwickelt und beträgt die Zunahme im Berichtsjahre 208 Mitglieder. Mit dem herzlichsten Dank für treue Mitarbeit der Funktionäre und die agitatorische Mitarbeit einer großen Reihe von Mitgliedern sowie einem Ausblick auf das Jahr 1931 forderte der Redner die Kollegenchaft zur Einigkeit und Geschlossenheit auf. Nach dem Revisionsbericht und der Aussprache folgte die Entlassung der Vorstandschaft. Die neue Vorstandschaft setzt sich zusammen aus den Kollegen: Sauerermann als 1. Vorsitzender, Lehner als 1. Kassierer, Schumay als 1. Schriftführer. Außerdem wurden 21 Beisitzer und 64 Kartellbelegierte gewählt. Zum Schluß berichtete Kollege Sauerermann über die Verhandlungen mit dem bayerischen Landesarbeitgeberverband sowie die Absicht eines neuen Lohnarbeitsvertrages. Mit Entrüstung nahm die Versammlung die Lohnaufbauforderung des Arbeitgeberverbandes entgegen.

Wiesbad. Am 25. Januar hielt die Ortsgruppe Wiesbad ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Zellner, berichtete, daß zwei Vorstandssitzungen und fünf Mitgliederberatungen abgehalten wurden und auch ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen war. Der Bericht des Kassierers ergab ein erfreuliches Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Kollege Lehner (Münden) dankte der Vorstandschaft für ihre treue Mitarbeit im Verbands, die ganz besonders dadurch erhöht wird, daß die Mitglieder der Ortsgruppe Wiesbad auf einem Umkreis von 25 Kilometer verteilt sind.

Die Neuwahl der Vorstandschaft ergab folgendes Resultat: Vorsitzender: Zellner, Kaspar, Reintal, Post Weharn; Kassierer: Demmel, Fofelsch, Großhingenau, Post Thalham; Schriftführer: Bacher, Michael, Holzstrichen, Rosenheimer Straße 107 1/2.

Kollege Lehner gab dann einen Rückblick auf das abgelaufene Jahr, das für die Arbeitnehmererschaft viele Verschlechterungen bringen sollte, die aber durch die Organisation abgewehrt werden konnten, wenigstens zum größten Teil, und erläuterte dann die Invalidenunterstützungsfrage und ihre Lösungen. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß nur die Organisation die Lebenshaltung des Arbeiters verbessern könnte und daß darum ein noch festerer Zusammenschluß und regere Mitarbeit notwendig sei.

Mühlheim (Hr). Am 8. Januar fand unter reger Beteiligung unserer Mitglieder von der städtischen Gas- und Elektrizitätsverwaltung, der städtischen Straßencleaning und Straßenbahn unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nach Erläuterung der geschäftlichen Mitteilungen gab der Vorsitzende Kollege Lohbed einen Rückblick auf die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Geschehnisse des verfloffenen Jahres. Wir alle brauchen dem verfloffenen Jahre keine Tränen nachzuweinen, und das neue Jahr werde uns ebenfalls wenig Erfreuliches bringen; denn zum 1. Februar seien von Arbeitgeberverband die Kündigungen ausgesprochen worden, weil er den Stundenlohn der Gemeindearbeiter, der Straßenbahner und des Personals in den Heil- und Pflegeanstalten um 9 Pf. zu kürzen beabsichtige; ferner solle damit eine Verkürzung der Arbeitszeit verbunden werden, ohne daß Erwerbslose eingestellt würden. Mit solchen Maßnahmen könne sich die Arbeiterchaft nicht einverstanden erklären. Nach dem Jahresbericht haben im verfloffenen Jahre 9 Mitgliederberatungen und 4 Vorstandssitzungen stattgefunden. Wegen Erkrankung des Kassierers wurde der Kassierenbericht für die nächste Versammlung zurückgestellt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der alte Vorstand wiedergewählt: Kollege Johann Lohbed als 1. Vorsitzender, 1. Schriftführer Benedikt Hühner; Kassierer Heinrich Heinemann. Alle Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, ihre ganze Kraft in den Dienst des Verbandes zu stellen zum Nutzen aller Kollegen und zum Aufstieg der gesamten deutschen Arbeiterchaft.

Kollege Dangel aus Düsseldorf hielt einen Vortrag: „Lohnabbau und Arbeitszeitabkommen“. Wir sehen wieder gleich zu Anfang des neuen Jahres vor neuen Kämpfen. Einem Lohnabbau müßte zuerst ein großer Preisabbau vorausgehen. Wenn die Unternehmer äußerste Sparsamkeit im Auge hätten, dann sollten sie nur die Dividende um 1 v. H. kürzen diese brächte mehr Ersparnisse für das Betriebskapital ein, als eine 10 v. H. Lohnkürzung, die allen Arbeitnehmern äußerst schwer fielen, und die Kaufkraft dieser an sich schon wirtschaftlich Schwachen noch mehr schwäche. Was die Kürzung der Arbeitszeit anbetrifft, so sei der Arbeiterchaft hiermit nicht gebietet, wenn nicht neue Arbeitskräfte dem Produktionsprozeß zugeführt würden, damit die Arbeitslosennot allmählich behoben würde. Der Kern dieser unternehmerischen Maßnahmen gehe darauf aus, die gewerkschaftlichen Verbände und gewerblichen Einrichtungen, Schlichtungsstellen und gesetzlichen Schutz der Arbeiterchaft, von Staats wegen zu beseitigen. Davon trägt auch ein Teil der Arbeiterchaft selbst die Schuld, weil er in all den 12 Jahren geschlafen und sich an keine Organisation gelehrt hätte. Die Angestellten- und Beamtenchaft, bis zu 80 v. H. stramm organisiert, haben ihre Saatzeit recht gut verstanden und wissen infolge guter Schulung hundertfältige Frucht zu ernten. Die Arbeiterchaft sei stets bereit gewesen, Opfer, ja, sehr schwere Opfer zu bringen, aber auch alle Volksstufen sollen zu Opfern für das Gemeinwohl herangezogen werden, gemessen an dem ihres Vermögens und Einkommens. Die Arbeiterchaft werde zu regelrecht zu einem Verbündeten gemacht. Sie allein triffe der Paragraph 138 der Verfassung an zu treffen, z. B. Krankenschein, Rezeptgebühr, Bürgersteuer, Bier- und Geträufelsteuer und sonstiges mehr. Wenn aber von den Beschäftigten ein Rotkopf von Seiten des Staates gefordert wird, dann ist dies ein Eingriff in ihre wohlverdienten Rechte und wird mit Gerichtsverfahren vor höchstem Gericht bedroht. — Ferner sei die Nationalisierung eine veraltete Politik, die den gesamten Weltmarkt erschüttert habe. Alle diese und noch viele andere Uebelstände führten gewiß nicht zu einem guten Ende und trügen nicht zur Beilegung des Klassenkampfes bei. Wir als Arbeiter haben ein Recht auf ein handlungsfähiges Leben, darum muß jedes Bewußtseinsmitglied die Arbeitslosen für unsere christlichen Ideale zu begeistern bemüht sein. Nur zielbewusste Arbeit und Geschlossenheit führt zu einem Erfolg. Das gegenseitige Vertrauen zu erhalten muß Grundbedingung sein, was dann dann etwas ergibt werden. Zum Schluß riefte der Redner an alle Mitglieder nochmals den dringenden Appell um treue Mitarbeit und Unterstützung am Aufbau und Aufstieg der Arbeiterchaft und besah, bei den kommenden Verhandlungen den Weisungen der Organisation Folge zu leisten. In diese Ausführungen schloß sich eine lebhafteste Aussprache an.

Münster. Am 30. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war.

Der Vorsitzende, Kollege Panier, erstattete den Geschäftsbericht, aus dem zu ersehen war, daß im verfloffenen Jahre erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit geleistet wurde.

Es haben stattgefunden: 5 Mitgliederberatungen, 4 Verwaltungs- und Vertrauensmännerberatungen, 4 Verwaltungssitzungen, 1 Vorstandssitzung, 1 Betriebsraterversammlung, 5 Versammlungen für die Hausangestellten und 14 Betriebsversammlungen, in denen unsere Verbands-

beamten referierten. Die Mitgliederzahl stieg von 408 auf 423. Leider sind uns 5 Mitglieder durch den Tod entzogen worden. Ferner erwähnte er die Bezirkskonferenz in Ansbach, die Unterrichts- und Bildungsveranstaltungen unseres Kartells und die Kündigung des Lohn- und Bezirks-Mantel-Tarifs. Den Kassenbericht erstattete Bezirkssekretär Kollege Borschert, wonach im vergangenen Jahr jedes Mitglied im Durchschnitt 50,5 Wochenbeitrag geleistet hat. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde die bisherige Vorstandschaft einstimmig wiedergewählt. Bezirksleiter Mittelstiel hielt einen Vortrag über die Verhandlungen mit dem VAB. zwecks Lohnabbau.

Der Landes-Arbeitgeber-Verband fordert einen Lohnabbau von 8 Pf. und hat, nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, die Bezirksamtsstelle angerufen.

Wenn auch die Zeiten recht ernst sind, eine Ursache mignütig und hoffnungslos zu werden, liegt nicht vor.

Reutbad. Die Gemeinde- und Reichsarbeiter hielten am 1. Februar ihre Generalversammlung ab. Kollege Dink gab den Geschäftsbericht, aus welchem zu ersehen ist, daß im verfloffenen Geschäftsjahre zehn Mitgliederberatungen, fünfzehn Vertrauensmännerberatungen und acht Vorstandssitzungen abgehalten wurden. Die Ortsgruppe zählt 126 Mitglieder. Kollege Rietich gab den Kassenbericht. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Kollege Max Wulff, Schriftführer: Kollege Dink, Kassierer: Kollege Karl Rietich.

Kollege Schürfeld hielt einen Vortrag über die Ereignisse innerhalb des letzten Geschäftsjahres. Er betonte in seinen Ausführungen, daß das Jahr 1930 viele Opfer, gerade für die Arbeiterchaft gefordert habe. Auch die öffentlichen Verwaltungen sind in den letzten Monaten teilweise dazu übergegangen, durch Verkürzung der Arbeitszeit und Kündigung der Lohnverträge, Verschlechterungen für ihre Arbeiterchaft durchzuführen. Besonders ging Kollege Schürfeld auf die am 29. Januar in Oepeln geführten Lohnverhandlungen ein. Einerseits müsse bedauert werden, daß die hier in Obersachsen an und für sich schon geringen Löhne noch weiter abgebaut werden sollen. Andererseits aber mußte diese Vereinbarung getroffen werden, da die Befürchtung zu nahe war, daß bei einer Anrufung der Bezirksamtsstelle bereits vom 1. Februar ab die Lohnsenkung eintritt. Vor allem sei es zu begrüßen, daß die ober-sächsischen Städte in der Ortsklasse 2 bis 4 nur eine Prozentige Lohnsenkung ab 1. April erhalten; besonders wichtig ist auch, daß unser Lohnvertragsvertrag bis zum 31. Dezember 1931 läuft, was zweifellos als ein Vorteil zu betrachten ist. Die Arbeiterchaft zeigte sich durchaus einverstanden mit dem Ergebnis dieser Lohnverhandlungen. Notwendig ist es aber fest, daß überall ein fester Zusammenschluß in unserem Verbands erfolgt, damit wir auch in den kommenden Monaten für alle Fälle gewappnet dastehen.

Oberhausen. Unsere Ortsgruppe hielt am 31. Januar 1931 ihre Hauptjahresversammlung ab. Vom zweiten Vorsitzenden wurde der Jahresgeschäftsbericht gegeben. Insbesondere erwähnte er die zehnjährige Jubiläumfeier im November 1920; ferner, daß unser Verband im städtischen Fußball zum ersten Male bei der letzten Betriebsratswahl ein Mandat erobern konnte.

Kollege Jörn gab den Kassenbericht, welcher ergab, daß alle Mitglieder treu und gewissenhaft ihre Beiträge bezahlt haben.

Die Berichterstattung über die letzten Lohnverhandlungen geschah durch den Kollegen Sekretär Philipp.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden Schäfer, 1. Kassierer Jörn, 1. Schriftführer Verken.

Pössa, Gemeinbearbeiter. Am 30. Januar fand die ordentliche Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Greiner konnte feststellen, daß sich im vergangenen Geschäftsjahre die wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Organisation zum Teil ungünstig auswirkten. Wenn trotzdem durch die von der Bezirksamtsstelle gemachten Eingaben für eine Anzahl Kollegen Verbesserungen zu verzeichnen waren, so ist das doppelt anzuspüren. Das Veranlassungswesen wurde ordnungsgemäß gepflegt. Einer besonderen Aufgabe unterzog sich die Ortsgruppe gemeinsam mit jener des freien Verbandes, indem ein Stellenplan für die Belegung der städtischen Werke ausgearbeitet und dem Stadtrat unterbreitet wurde. Dabei war die Bestimmung zu machen, daß die Arbeiterchaft — trotzdem sich die Stadt seit 1914 durch Eingemengungen und Ankauf von Häusern wesentlich vergrößert — keine erhebliche niedriger ist als damals. Kollege Greiner dankte den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten für ihre Mitarbeit, worauf der Kassierer, Kollege Paulika, den Kassenbericht bekanntgab. — Durch Abbau der Arbeiterchaft, besonders im Bauhandel, erlitt die Organisation einen Rückgang von 85 auf 73 Mitglieder. Nachdem der Vorstandschaft Entlastung erteilt wurde, fand die Neuwahl statt und wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Greiner, 1. Kassierer Paulika, 1. Schriftführer Schwarzmeier. Die gewählten Vorstandsmitglieder nahmen die Wahl an und bündelten dafür, daß für die Zukunft durch geschlossenen Zusammenarbeiten wieder ein Aufstieg der Ortsgruppe gesichert ist. Bezirksleiter Weiler (Münden) erstattete einen Bericht über die am 22. und 23. Januar in Augsburg stattgefundenen Lohnverhandlungen, die, wie bekannt, gescheitert sind und auf 8. Februar Termin der Schiedsstelle Bayern anberaumt wurde.

Eine besonders brennende Frage ist die der Verpachtung der städtischen Werke an die Gesellschaft „Lud“. Es ist nicht abzusehen, daß die Kredite aufnahm zur Herstellung der festen Währung außerordentlich hohe die einen außerordentlichen Binnendienst — man spricht von 1.200.000 Mark im Jahre — beanspruchen. Der Stadtrat befaßte sich schon wiederholt mit der Verpachtung der städtischen Werke an genannte Gesellschaft und wurde bereits ein Vertragsentwurf ausgearbeitet. Nach der Orientierung des Redners ist der Bayerische Städtebund grundsätzlich gegen derartige Experimente, weil bei normalen Verhältnissen die Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke stets die Welt-Kauf für die Staatsbedürfnisse bilden. Die Arbeiterchaft müsse grundsätzlich gegen die Verpachtung

städtischer Werke Stellung nehmen. Sollte der Stadtrat eine solche ablehnen, dann müsse in dem Vertrage den Arbeitern die Garantie gewährt werden, daß die tariflichen Verhältnisse nach dem Tarifvertrag der bayerischen Gemeindearbeiter und die Versorgungsverhältnisse gesichert bleiben. Die sicherste Stütze für die Erhaltung der tariflichen Errungenschaften der Gemeindearbeiter und Verhütung radikaler Abbaumaßnahmen bezüglich der Löhne und Arbeitszeit sei nach wie vor die Organisation der Gemeindearbeiter.

Bassau, Reichsarbeiter. In der Generalversammlung unserer Ortsgruppe konnte der Vorsitzende Schmid über einen Aufstieg der Mitgliederzahl berichten. Durch das Eingreifen der Organisation konnte für mehrere Kolleginnen eine Nachzahlung der Frauen- und Kinderzulagen — im Einzelfalle bis zu 300 Mark — herausgeholt werden. Der Betriebsrat für die Reichsarbeiter in Bassau wird restlos von Mitgliedern unseres Verbandes gestellt. Bezirksleiter Weizler gab an: verschiedene Anfragen die notwendige Aufklärung. Bei der Neuwahl der Vorstandskasse wurden gewählt: Kollege Schmid als Vorsitzender, Widthum als Kassierer, Gruber als Schriftführer.

Ratibor. Die Ortsgruppe hielt am 25. Januar ihre Monatsversammlung ab. Kollege Schönfeld (Glenow) sprach über den gefälligen Lohn- und Tarifvertrag für die Gemeindearbeiter Oberschleissens und über die Absichten der Organisationsleitung hinsichtlich der bevorstehenden Lohnverhandlungen. Der Redner führte unter anderem aus, daß die Löhne der Gemeindearbeiter in Oberschleissens am niedrigsten von allen Bezirken des Reiches liegen. Unverständlich wäre es, wenn man in einem Bezirke, daß von den Regierungstellen als Vorzeigebetrieb bezeichnet worden ist, eine noch weitere Verminderung der Löhne vornehmen würde. Die Gemeindearbeiter müßten aber aus dieser Tarifbindung die Lehren ziehen und sich restlos unserem Verbands angeschlossen. Auch in Ratibor seien noch viele für unsere Organisation zu gewinnen. Unter Punkt 2 berichtete der Betriebsratsvorsitzende Kollege Kasimir über die Entlassungen in den städtischen Betriebswerten. Hierin habe der Arbeiter- rat nach den sozialen Gesichtspunkten seine Entscheidung getroffen.

Zum Schluß wurden Fragen der Rubelohnordnung besprochen, und Kollege Schönfeld trug entgegen anders lautenden Meldungen der gegnerischen Seite mit, daß die Verhandlungen über die Einführung der Rubelohnklasse für die städtischen Arbeiter in Ratibor nicht abgebrochen seien. In den nächsten Tagen werden die Verhandlungen mit den zuständigen Magistratsstellen weitergeführt werden.

Mildesheim. Unsere diesjährige Generalversammlung hätte einen besseren Verlauf aufweisen können. Kollege Sollenstiel als Vorsitzender und der Kollege Brunn als Kassierer gaben den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Einen größeren Raum in der Diskussion nahm die Frage der Beitragsentlastung infolge Arbeitszeiterhöhung ein. Bekanntlich wurde die Arbeitszeit in Mildesheim von 48 auf 42 Stunden in der Woche reduziert. Da der Stundenlohn jedoch derselbe geblieben ist, war man sich einig, daß eine Minderung in der Beitragshöhe fahrungswidrig ist. Es blieb daher nur der Weg, jede achte Woche als beitragsfrei zu erklären. Jedoch wurde wegen der Geringfügigkeit der dadurch erzielten Entlastung, auch diese Art der Beitragsermäßigung abgelehnt, besonders mit Rücksicht darauf, daß durch die Einführung der Invalidenunterstützung für verschiedene Lohngruppen sowie eine Beitragsentlastung eingetreten ist, indem die Zuschläge von 5 Pfennig auf volle 10 Pfennig abgerundet worden sind. Zum Schluß wurden noch einzelne Rechtsfragen der Mitglieder von dem Kollegen Pann (Mainz) beantwortet.

Saarbrücken: Gemeindearbeiter. Am 27. Januar fand für die Ortsgruppe der Gemeindearbeiter die Jahresversammlung statt. Den Geschäfts- und Kassenbericht gab Kollege Rohrbach. Demselben ist zu entnehmen, daß unser Verband im Geschäftsjahr 1930 gute Arbeit geleistet hat. Schon der Schriftverkehr im allgemeinen, die Teilnahme an Versammlungen, Verhandlungen, Konferenzen und Sitzungen, die Wahrnehmung von Terminen bewiesen eine Fülle von geleisteter Arbeit der bisherigen Verbandsleitung.

Der Mitgliederzuwachs betrug rund 16,8 v. H. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Otto Bid, Schriftführer: Fritz Mettel. Die Kassengeschäfte werden auf dem Büro erledigt. Nachdem der Vorsitzende selbst intensiver Mitarbeiter im neuen Jahre versprach und er die anderen Vorstandsmitglieder um volle Unterstützung bat, nahm der Kollege Rohrbach das Wort zu seinem Vortrag: „Soziale Bestrebungen der Gewerkschaften“.

Wir regen Interesse verfolgten die Anwesenden die Ausführungen, insbesondere jene, die sich mit unserer Invaliden-Unterstützungskasse befaßten. Noch immer gäbe es Kollegen, die der Einführung dieses sozialen Wertes des Verbandes verständnislos gegenüberstünden. Bezeichnend wäre es, daß es immer wieder dieselben Kollegen sind, welche nie in den Versammlungen zu sehen wären.

Kollege Rohrbach prägte mit Recht das Wort hinsichtlich der Invaliden-Unterstützungskasse: „Was du dir in deinen jungen und gesunden Tagen aus eigener Kraft sicherst, wirst du im Alter als Wohlrat empfinden.“

Es wäre unklug und kurzsichtig von den Kollegen gehandelt, wenn sie wegen der minimalen Zuschläge zu den bisher gezahlten Verbandsbeiträgen aus der Organisation austreten würden, um dadurch nun alle früher erworbenen Rechte preiszugeben. Diesen Kollegen sei nicht zu raten und nicht zu helfen, hier nützt auch die beste Aufklärung nichts.

In der Aussprache wurde von einigen Kollegen die Undankbarkeit mancher Mitglieder scharf gerügt, welche in Zeiten der Not stets die Hilfe des Verbandes in Anspruch genommen haben, jedoch heute als fahnenflüchtig bezeichnet werden müßten. Diese Wandelmütigen würden sich aber bestimmt des Verbandes erinnern, wenn sie in persönliche Not gelangen wären. Es würde dem Vorstande nahegelegt, sogenannte Unterstützungsmaßer vor der Güteleistung einer scharfen Prüfung zu

unterziehen, denn es sei einwandfrei festgestellt, daß diejenigen Kollegen am schnellsten dem Verband den Rücken kehrten, welche alle Unterstützungsleistungen der Organisation sowie deren Güteleistung restlos ausgeschöpft haben.

Schönnau bei Dahn. Am 8. Januar fand eine Versammlung der bei der Wasgenwaldbahn beschäftigten Arbeiter statt. Seit dem 1. Oktober 1930 ist diese Bahn stillgelegt. Nur noch drei Arbeiter werden mit Unterhaltungsarbeiten und ähnlichen Dingen beschäftigt. Nach den Bestimmungen des Ministeriums für die ehemaligen besetzten Gebiete soll den Arbeitern bei der Entlassung ein Abfertigungsgeld in Höhe von zwei Wochenlöhnen gewährt werden. Alle Arbeiter der Reichsvermögensstellen haben diesen Betrag ausgezahlt erhalten. Nur der Betriebsleiter Melein in Bundenthal findet es nicht für nötig, seine Arbeiter ebenso zu behandeln, wie die übrigen Dienststellen es getan haben. Herr Klein hat bisher während der Dauer der ganzen Tätigkeit die Arbeiter schlecht behandelt. Erst auf unsere Beschwerde bei den vorgelegten Stellen hat sich Herr Klein bekehren lassen müssen, daß auch die ihm unterstellten Arbeiter als Menschen behandelt werden müssen. Unser Verband hat sich bei der Hauptabwicklungsstelle der Reichsvermögensverwaltung beschwert, und wir nehmen an, daß nunmehr auch die Arbeiter der Wasgenwaldbahn ebenso behandelt werden wie die Arbeiter der übrigen Reichsvermögensstellen. Ein Teil der Klagen am Arbeitsgericht sind noch nicht entschieden. Wir hoffen, daß auch hier das Arbeitsgericht Birmanens recht bald eine Entscheidung zugunsten der Arbeiter treffen wird. Hätten die Arbeiter dort rechtzeitig den Weg zum Verband gefunden, würden diese ganzen Schwierigkeiten entweder gar nicht aufgetreten oder längstens behoben sein.

Saulgau. Kollege Ulrich Luz leitete die am 24. Januar stattgefundene Generalversammlung, zu der mit zwei Ausnahmen sämtliche Mitglieder anwesend waren. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gedachte Kollege Luz zunächst der im vergangenen Jahre geforderten drei Mitglieder. Kollege Karl Fischer gab den Kassenbericht. Die Kasse ist in allen Einzelheiten exakt und genau geführt worden. Nach langem Drängen der Kollegen erklärte sich der Vorsitzende Ulrich Luz sowie Kassierer Karl Fischer bereit, ihre bisherige Tätigkeit im neuen Geschäftsjahre wieder zu übernehmen. Schriftführer wurde Georg Grundt. Darauf nahm Kollege Köblach das Wort, um uns Aufschluß zu geben über unsere Invalidenversicherung, sowie über die zurzeit geführten Lohnverhandlungen. Sodann gab Kartellvorsitzender Stadtrat Sugg verschiedene Rathausangelegenheiten bekannt und wurden örtliche Verbandssachen besprochen. Kollege Köblach dankte dem Vorstande, besonders dem Vorsitzenden für die gute Leitung der Ortsgruppe, vor allem auch für die ruhige sachliche Leitung der Versammlung. Mit der Bitte an die Kollegen, hinter ihren Rücken zu stehen und unserem Verbands die Treue zu halten, schloß Kollege Luz in später Abendstunde die schon verlaufene Versammlung.

Wangen im Allgäu. Am 26. Januar hielt die hiesige Ortsgruppe eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Sekretär Runzer aus Stuttgart sprach über die Lohnverhandlungen und über die neue Invalidenunterstützung. Von der Aussprache wurde überaus reger Gebrauch gemacht. Die Lohnfrage trifft hier besonders hart, weil die Kollegen wegen der unangünstigen Witterung aussetzen und stempeln müssen. Die Notwendigkeit der Verbandszugehörigkeit wurde allgemein anerkannt und betont, daß gerade unser Verband gestützt und getragen werden müsse von dem Vertrauen der Mitglieder zu sich selbst. Diese Ansicht klang besonders aus einer begeisterten und anspornenden Rede des Kollegen Doll heraus. Sie gipfelte in den Worten: Treue dem Verband und Dank und nachträglichen Glückwunsch dem Kollegen Köblach zu seinem 25jährigen Jubiläum, das er im vorigen Jahre feiern konnte. Wir Allgäuer sind hart, aber treu!

Eine Anzahl Berichte mußten für die nächste Nummer zurückgestellt werden. Die Schriftleitung.



GEDENKTAFEL

Gestorben sind die Kollegen:

Herm. Döring, Glogau	31. Dezember 1930
Rudolf Lung, Ludwigshafen	1. Januar 1931
Fr. W. Rombour, Mülheim/Ruhr	13. Januar 1931
Bernh. Hübers, Bocholt	15. Januar 1931
Andr. Spära, Herne	16. Januar 1931
Kasimir Selg, Saulgau	17. Januar 1931
Wih. W. Hilker, Mildesheim	22. Januar 1931
Joh. Gamronski, Danzig	25. Januar 1931
Wil. Hofelder, Nürnberg	26. Januar 1931

die Kollegin:

Maria El. Hagen, Düsseldorf	24. Januar 1931
-----------------------------	-----------------

EHRE IHREM ANDENKEN!